

# offensiv links

herausgegeben von der bewegung für sozialismus



Nr. 65/Oktober 1981  
Jahrgang 7  
öS 20.-/DM 3.-  
SFR 3.-

# Krieg und Frieden

# Zu diesem Heft

"OFFENSIV LINKS" zum Frieden? Eine der Aufgaben dieser Zeitschrift war es seit jeher, zu wichtigen Problemen von offenen, nicht-sektiererischen, sozialistischen Positionen aus Stellung zu nehmen. Das schneidet manchmal ins eigene Fleisch, tut sich selber weh. Aber Kritik ohne Selbstkritik war immer die scheinbare Stärke historisch überholter Kräfte und Standpunkte: eine Bewegung - für Frieden und für Sozialismus - muß das aushalten, wenn ihr wirklich die Zukunft gehören soll.

Alle Mängel, die der Redaktion dieses Heftes unterlaufen sind, bedauert sie. Die Zeit drängte doppelt: in der Gestalt der Termine für die Erstellung dieses Heftes wie auch im übergeordneten Sinn einer immer handfester werdenden Bedrohung der Menschheit und der Natur durch den Dritten (letzten) Weltkrieg.

Es gibt nichts wichtigeres und dringenderes als dies zu verhindern.

Die Redaktion

## Inhalt

- 3 Megatote
- 4 Probleme des Friedens und des Sozialismus
- 9 Im Osten nichts Neues?  
Gespräch mit Andreas Hegedüs
- 11 ...und Afghanistan und...  
Krisenherd Naher und Mittlerer Osten
- 16 Widersprüche in der Friedensbewegung
- 22 Umrüstung statt Aufrüstung  
Gespräch mit Prof. Kurt Rothschild
- 24 Was ist zivile und soziale Verteidigung?
- 26 Frieden, Gerechtigkeit, Befreiung
- 27 Literatur zum Thema

## Impressum

*offensiv*, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

*links*, weil wir Widersprüche aufdecken. Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern.

*offensiv links* – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien  
Eigentümer, Herausgeber,

Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Hans Margulies  
Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion und Vertrieb:

1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel.: 65 19 52. Einzelpreis: S 20,- Abonnement: S 80,- (jährlich). o Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

Gemeinsames Abonnement OFFENSIV LINKS + AKIN (aktuelle information): S 200,- (jährlich)

E.P. THOMPSON  
MEGATOTE SIND NICHTS ZUM  
LACHEN

# Megatote

Ich habe fünf Monate lang in den USA gelehrt (und Friedensarbeit gemacht), und die Szene dort ist beängstigend. Der amerikanische Mittelbürger hat sich in eine Suez-Stimmung hineingesteigert, und Reagan wurde von einer Flut ignoranten nationalistischen Gefühls an die Macht gespült, die völlig unverantwortliche Medien ausgelöst hatten.

Dieser Aufschwung des Nationalismus geht Hand in Hand mit einer völlig unrealistischen, ja sogar isolationistischen Sicht der Welt, einer Art atomar bewaffneten psychologischen Isolationismus. Krieg ist immer etwas für den Export – ‚nach da drüben‘. Außerhalb der liberalen Nischen scheinen nur wenige Amerikaner zu verstehen, daß der nordamerikanische Kontinent bei jedem Konflikt zwischen den Supermächten an der allgemeinen Einäscherung teilhaben wird.

Ich fand drei Dinge besonders beängstigend. Erstens gibt es eine abscheuliche Ölhysterie. Den Amerikanern wurde die Vorstellung verkauft, der Persische Golf sei ein amerikanisches Meer und die Russen seien darauf aus, dort die amerikanische Schlagader zu durchschneiden. Zweitens gibt es da ein häßliches Bestreben, mit Europa nach Belieben umzuspringen, die NATO-Staaten in ein gehorsameres Gefolgschaftsverhältnis zu bringen (indem sie mehr für ihre ‚Verteidigung‘ zahlen) und alle Ost-West Gegensätze zu verschärfen. Während der langen polnischen Krise in diesem Winter wurde klar, daß die Falken in der NATO eine sowjetische Intervention in Polen tatsächlich *wollten*. Sie lechzten förmlich nach dem Einmarsch der Russen, um eine gigantische Erhöhung der Militärausgaben zu rechtfertigen und ihre eigene Ideologie vom schlimmstmöglichen Fall zu belegen. Sie brauchen solche russischen Aktionen, um ihre eigenen zu rechtfertigen.

Die dritte und bedrohlichste Erscheinung ist die Festschreibung des Prozesses der ‚Tiefenstrukturierung‘ des Wettrüstens, den ich in der Broschüre ‚Protest and Survive‘ (Protestiert und Überlebt) dar-

gestellt habe. Wie Schauspieler auf ihr Stichwort betreten jetzt Vizepräsident Bush (vom CIA) und General Haig vom NATO-Hauptquartier die Weltbühne.

Haig war nicht nur ein Theoretiker des begrenzten ‚Schauplatz-Krieges‘ (theatre-war), sondern leitete auch bereits die Übung für einen solchen Krieg im WINTEX-Manöver der NATO 1977. Als Alliiertes Oberkommandierendes Europas, unterzeichnete er damals den Befehl für einen nuklearen Erstschlag der NATO, um „eine deutliche Eskalation mit einer Schockwirkung zu übermitteln, die ausreicht, um den Gegner zu unabweisbar davon überzeugen“ (sic!), sich zurückzuziehen. Nach diesem Szenario werden sich nach diesem ersten (‚überzeugenden‘) Schlag der Präsident und der Generalsekretär über das Rote Telefon verständigen, die ganze Geschichte abzublenden. Alles, was auf diesem Planeten läuft, wächst, fliegt oder schwimmt, wird auf Gedeih und Verderb von der Entscheidung zweier panikerfüllter törichter alter Männer abhängen.

Der Geruch dieser Megatoten nur ein kurzes Wegstück vor uns in der Zukunft beginnt, in unsere Gegenwart zurückzutreiben. Wir beginnen, uns in diesem europäischen Schauplatz von unseren Sitzen zu erheben und den Ausgängen zuzustreben.

Aber jedesmal, wenn wir versuchen, uns in Bewegung zu setzen, sind die Ausgänge von diesen monströsen SS 20 versperrt. (Haben Sie bemerkt, wie sie sich, wenn schon nicht am Boden, so doch in den offiziellen westlichen Mitteilungen vervielfachen?) Und sie vervielfachen sich wohl tatsächlich. Der amerikanische Militarismus sieht im Augenblick so häßlich aus – und die amerikanische Diplomatie derart unverantwortlich – daß es manchen in der westlichen Friedensbewegung möglich wird, zu vergessen, daß der sowjetische Militarismus auch häßlich ist. Die Auftürmung der Waffen bedingt sich gegenseitig. Die Falken brüten weiterhin die Falken der anderen Seite aus.

Meines Erachtens ist es in diesem Moment, wo die westeuropäische Bewegung wächst, von größter Bedeutung für uns, die Strategie fest im Auge zu behalten, auf *beide* Seiten Druck auszuüben, abzurüsten (wie schwierig auch immer das sein mag). Ich werde mich gegen Marschflugkörper und Trident-Raketen ganz unabhängig davon stellen, ob die SS 20 abgebaut werden oder nicht, denn sie sind schlimm und bringen uns in größere Gefahr. Aber unsere Bewegung kann nicht erfolgreich sein, wenn wir nicht irgendwie diese Trennungslinie überschreiten und wechselseitige Reaktionen aus dem Osten hervorrufen.

Die westliche Friedensbewegung in ein geheimes Einverständnis mit der Strategie des Weltfriedensrates treiben zu lassen, d.h. zu einer Bewegung werden zu lassen, die sich allein gegen den Militarismus der NATO wendet, ist das Rezept für unsere eigene Eindämmung und schließliche Niederlage.

So etwas würde auch in den Teilen Osteuropas auf Ablehnung stoßen, in denen große Teile der Öffentlichkeit die Nase bis zum Rand voll haben von der offiziellen ‚friedensliebenden‘ Propaganda, wie in Polen und der Tschechoslowakei, und in denen staatlich geförderte Friedenskomitees in ihrer ganzen 30-jährigen Geschichte nie auch nur die Augenbraue im Protest gegen irgendeine Aktion des sowjetischen Militarismus gehoben haben.

Der Europäische Aufruf bestand auf der Notwendigkeit des Meinungs austauschs zwischen Bürgern vorbei an den Staatsorganen und bestand ebenfalls auf der Notwendigkeit des offenen Austauschs von Informationen und Vorschlägen zwischen Ost und West. Dies beinhaltet ein klares Votum für die Sache der Bürgerrechte und die offene Kommunikation im Osten. Nur so kann das Gewebe anfangen, über Ost und West hinweg zu heilen. Frieden und Demokratie müssen zusammengehen.

*Mit freundlicher Genehmigung aus:  
The Guardian vom 1.3.1981*

*Gekürzt*

---

# Probleme des Friedens und des Sozialismus

1

Eine Zeitschrift gleichen Namens wird in mehreren Sprachen ca. viermal im Jahr von sowjetischen Stellen herausgegeben. Der Titel ist programmatisch: Frieden und Sozialismus sind wesensgleich, aber erst nach dem „letzten Gefecht“, also im Weltmaßstab, endgültig realisierbar. (Bis dahin gilt es, das Auseinanderklaffen der beiden sich gegenseitig bedingenden Bereiche zu „problematisieren“, d.h. nach sowjetischer Manier ideologisch zu überbrücken. So wie hier Praxis reine pragmatische Interessensdurchsetzung, ist Theorie propagandistische Erklärung dieser Politik.)

Andererseits kann der Titel „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, wenn ernst gemeint, durchaus jene Breite der Fragestellungen umreißen, die niemandem erspart bleiben, der sich über die Zukunft der Menschheit im allgemeinen und die eigenen gesellschaftlichen Zusammenhänge im besonderen Gedanken macht.

Der aktuelle Anlaß für diese Überlegungen war der Friedensmarsch am 27. Juni 1981. Im Verlauf der vorbereitenden Diskussionen ist eine Reihe von Standpunkten aufgetaucht, wie sie für die Friedensbewegung in der ganzen Welt charakteristisch sind und zeigen, wie verschieden die Ausgangspositionen und Vorstellungen sind, welche mit Abrüstung und Frieden seitens der verschiedenen Gruppierungen verknüpft werden. Methodisch empfiehlt es sich, nicht an bloßen Zahlen und Fakten anzuknüpfen, wie sie in den meisten Publikationen dargeboten, mit ihnen herumjongliert, wie sie meistens gegeneinander ausgespielt werden. Als ob das Gewicht der Argumente umso drückender wäre, je

mehr Megatonnen Atomsprengköpfe (der Gegenseite) ins „Spiel“ gebracht, je unvorstellbarer die Quantität des gegenseitigen Vernichtungspotentials auf den Alltagsverstand einwirkt – und diesen letztlich blockiert. Das Ergebnis ist dann Resignation, Desinteresse, eine gewisse Wurstigkeit, mit der sich der „geschockte“ Verstand ins scheinbar Unvermeidliche dreinschickt – und sei es das Ende der menschlichen Geschichte.

Das Erschreckende auf der anderen Seite ist die Denklöge von Militärstrategen (auf beiden Seiten), die das Undenkbare wieder denkbar, das Unberechenbare berechenbar, den Weltuntergang gewissermaßen kalkulierbar machen möchten. Sie sitzen plötzlich vor Computern, die „spinnen“. Sie müssen – buchstäblich im letzten Moment – ihren Hausverstand gegen diese Riesenkunstgehirne ins Treffen führen, die so „sophisticated“ (intellektuell überkandidelt) sind, daß sie – ginge es letztlich nach ihnen – schon dutzendmale die Apokalypse ausgelöst hätten.

Auch wenn solches – verständlicherweise – nicht nur die Sprache, sondern den Verstand verschlägt, müssen wir aus dem Teufelskreis *v e r n ü n f t i g e* Auswege suchen und finden. Weder die noch so imponierenden Strategien der Gewaltlosigkeit (des Pazifismus verschiedenster Strömungen), noch die Wiederholung alter revolutionärer Wahrheiten helfen da weiter. Weder die Kapitulation noch der Heldentod beeindruckt oder schreckt die Mächte (der doppelten Finsternis). Aufrichtiger Idealismus ist ein Verbündeter in wahrer Not. Trotzdem bleibt der rauhe Boden der Realitäten die materielle Grundlage, auf der Kritik praktisch und die Utopie konkret werden kann.

2

Die Geschichte, geprägt vom Kampf der Gegensätze, ist ins Menschliche übersetzt eine Geschichte von Gewalt (von Kämpfen und Kriegen) seit frühester Zeit. Krieg schien sogar der Vater aller Dinge zu sein, so zentral und dominierend war seine Rolle in der Entwicklung von Kulturen und Großreichen, Völkern und Nationen, von Staat und Gesellschaft. Frieden war der Ausnahmezustand, Krieg der Alltag zu jeder Epoche, in jeder Kultur. Clausewitz' Definition (in seinem genialen Werk „Vom Kriege“) als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln kann diese Mittel noch als Handwerk ansehen wie jedes andere und zu Kunst verfeinern wie Macchiavelli die Staatsführung (im „Il Principe“, „Der Fürst“). Immanuel Kants „Ewiger Friede“ ist nur als Zustand gewordene Synthese von absolutem Recht und höchster Vernunft denkbar gewesen. Krieg und Politik sind gleichwertige, je nach Notwendigkeit einzusetzende Mittel, um die Kluft zu überbrücken, die in allen Gesellschaften zwischen beiden Prinzipien (Recht und Vernunft) klappt. Engels („Der General“) war ein glühender Kenner der Kriegskunst und der Waffenführung. Die Klassiker des Marxismus standen – „gut“ Hegelianisch – Krieg und bewaffneten Aktionen jeglicher Art als Phänomenen gegenüber, sowie Hunger, Not, Streik, Aufstand oder gar Revolution: diese brauchten nur auf ihre Ursachen untersucht zu werden, um ihre Bewegungsgesetze – und damit historische Notwendigkeit – begreiflich zu machen. Ihre moralische Seite stand nicht zur Debatte, denn weitgehend außerhalb der Betrachtung. Sie wäre „an sich“ auch unnützlich gewesen, das Handwerk von Pfaffen, Demagogen und Weltverbessern, aber nicht von Wissenschaftlern,

die jenen vor allem eines voraus hatten: die Einsicht, daß Mord und Totschlag eines – vielleicht gar nicht fernen – Tages „von selbst“ aufhören würden wie die von oben gesandten Plagen des Lazarus. Daß alle diese „Naturübel“ menschlicher Geschichte verschwinden würden in der großen Versenkung des Welttheaters: wenn die Verhältnisse herangereift waren, die sie obsolet (überflüssig, hinfällig, überholt) machten.

Das war die ehrene Klammer zwischen Frieden und Sozialismus trotz aller Probleme, eine Klammer, die heute nur noch bedingt „hält“ und jederzeit zerrissen werden kann durch jene neue, unvorhergesehene Dimension, die die Existenz der Nuklearwaffen seit Hiroshima und Nagasaki hervorgebracht hat. Aber nicht erst diese neue Supervernichtungswaffe hat die Überlegungen von Sozialisten und Kommunisten vollständig relativiert. An Hand der von Stalin weitgehend bestimmten Außenpolitik der SU vor, während und nach dem 2. (imperialistischen) Weltkrieg läßt sich aufzeigen, daß die Schlüssigkeit der von Lenin entwickelten neuen Gesetze der modernen Kriege (des „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“) von seinen Jüngern höchstens in eine Kurzschlüssigkeit übersetzt werden konnte und heute einer neuen, noch gründlicheren Revision unterzogen wird. Dies wiederum läßt sich an der Strategie des „sozialistischen Lagers“ seit 1945/49 bis heute dramatisch illustrieren. Beide Momente bezeugen den „Anteil“ des „realen“ Sozialismus an den wachsenden Gefahren für eine „letzte“ Runde.

Das dritte, entscheidende Moment wäre die Frage nach dem Dritten Weg (zwischen imperialistischer Weltmarktbeherrschung und „realsozialistischem“ Weltinterventionismus): nach einem historischen Kompromiß der Supermächte und der neuen Manövrierfähigkeit der von

ihnen abhängigen Mittel- und Kleinmächte und der sozialen, nationalen und demokratischen Befreiungsbewegungen der Völker im Westen und im Osten.

### 3

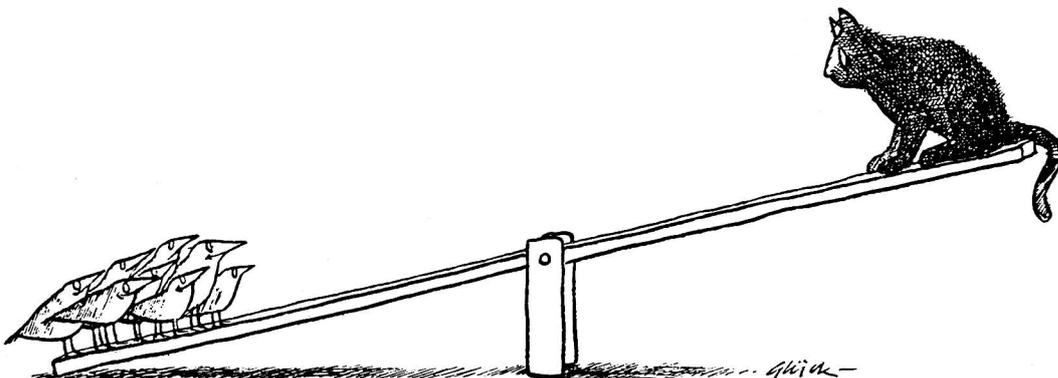
Im ersten Teil dieser Überlegungen aus aktuellem Anlaß (eines drohenden 3. Weltkrieges), wird die historische Gültigkeit klassischer marxistischer und revolutionärer Auffassungen vom Krieg in Frage gestellt und die Ursachen der Spannungen in der Welt im wesentlichen auf die Konkurrenz der beiden Supermächte zurückgeführt, deren Politik als Weltmarktbeherrschung auf der einen und als Weltinterventionismus auf der anderen Seite definiert wurde. Im Spannungsfeld beider Hemisphären entfalten sich die Widersprüche der jeweils zum eigenen „Herrschaftsbereich“ gehörenden oder hörig gemachten Länder und Völker, deren soziale, nationale und demokratische Emanzipationsbestrebungen immer wieder in direkten Gegensatz zum hegemonialen Machtanspruch der eigenen „Schutz“- , d.i. Supermacht geraten: gegenwärtig zeigt sich diese Dialektik geradezu klassisch in der Gestalt Polens da und El Salvadors dort.

Auf den Begriff der Weltmarktbeherrschung und die aus ihr resultierende angemäße Rolle des Weltgendarmen durch die USA braucht vor dem Leserkreis der OL nicht näher eingegangen zu werden: alles dazu Wissenswerte findet sich in den ganze Bibliothekn füllenden Analysen des klassischen Imperialismus.

Der Begriff des Weltinterventionismus geht von der Analyse der Entwicklung der Rolle und Politik der UdSSR seit Lenins Theorie des „schwächsten Kettenglieds“ und der stalinistischen Anpassung der Errungenschaften der Oktoberrevolution an die Bedürfnisse und Erfordernisse des Sozialismus in einem (so riesigen und rückständigen) Land –

im Innern und im Äußern. Hier kann dies wegen der gebotenen Kürze nur als eine Aneinanderreihung von „notwendigen“ (objektiven) und „vermeidbaren“ (subjektiven) Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen der sowjetischen Führung zwischen den beiden Weltkriegen zunächst und dann zwischen der Nachkriegszeit-Kalter-Krieg (1945/49 – 1955) und im weiteren der Entspannungspolitik-Konfrontationskurs der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart (1956 – 1980/81) nachvollzogen werden.

Zur ersten Phase gehörten die Niederwerfung der Kronstädter Matrosen und die Intervention in Georgien (erstes hat Trotzki später bedauert, zweites hat Lenin schon damals mit den Worten vom „großrussischen Schurken und Chauvinisten“ gebrandmarkt); der Marsch auf Warschau (heute das „Wunder an der Weichsel“ genannt); der Überfall auf Finnland mit der Annexion Kareliens und die Einverleibung der baltischen (bis dahin unabhängigen) Republiken vor dem Hintergrund des zentralen diplomatischen Ereignisses, des Hitler-Stalin-Pakts (mit den berühmten Geheimklauseln über gegenseitige territoriale Ansprüche). Hier soll nur am Rand vermerkt werden, daß Stalin als „bester Schüler Lenins“ dessen Analyse der imperialistischen Konkurrenz so wörtlich nahm, daß er England und Frankreich mehr mißtraute als dem neuen faschistischen Phänomen Hitlerdeutschland. Wie tief sein Vertrauen in den Nationalsozialisten Hitler war, zeigt Stalins Weigerung, das Unternehmen Barbarossa (den Überfall des Dritten Reichs auf die SU) zur Kenntnis zu nehmen, und selbst nachdem der Blitzkrieg der Deutschen schon tief in die Ukraine vorgetragen wurde, die sowjetische Gegenoffensive starten zu lassen. (Die Köpfung der Roten Armee – auf Grund einer Naziprovokation, welcher Stalin wiederum blindlings aufsaß – so



Glück

wie die Ausrottung einer ganzen Generation von alten Bolschewiki und kommunistischer Kader gehörte eben zur anderen Seite der Medaille – des zum cäsaristischen Totalitarismus entarteten Regimes).

Jalta, die bislang zynischste Großmacht-politik der Aufteilung der Welt, war das Riesenbrett, auf dem das Szenario des 3. Weltkriegs noch vor Beendigung des Zweiten entworfen wurde. Der Kalte Krieg war nur Ausdruck der späten Erkenntnis der neuen US-Führung, wohin die Dinge trieben. Es konnte aber die Aufteilung der Welt in Blöcke und der Ausbau West- und Osteuropas zum kommenden „Schauplatz“ des „begrenzten Atomschlagabtauschs“ in einer entscheidenden Konfrontation nicht mehr verhindert werden.

Anlässlich der jüngsten Entwicklung in Polen war in diesen Heften schon davon die Rede, daß die sicherheitspolitischen Motive, welche der sowjetischen Außenpolitik immer wieder bescheinigt werden, wie sich in Osteuropa wieder einmal zeigt, sich selbst in Unsicherheitsfaktoren verwandeln, da sie von Anfang an durch die Mittel des äußeren Zwangs und des inneren Terrors der aufgesetzten Staats- und Regierungsorgane realisiert werden. Was heißt es, wenn kompetente sowjetische Stellen die Konsequenzen aus der Entwicklung in Polen bis hin zur Möglichkeit eines thermonuklearen Krieges ins Auge fassen? Das heißt schlicht und einfach folgendes: sollte die innere Entwicklung Polens durch die

„Stellvertreter“-Bruderparteien nicht in den Griff bekommen werden, sollte die SU sich dadurch „gezwungen“ sehen, selbst einzugreifen und sollten die polnischen Massen einer solchen Aktion mit massivem Widerstand begegnen, würde die SU die Abschlachtung der polnischen Bevölkerung selbst auf die Gefahr hin durchführen, daß dies zu einem thermonuklearen Krieg mit der anderen Supermacht und der NATO führt, sollten sich diese dann nämlich in die „inneren Angelegenheiten“ der SU einzumischen wagen.

Zu jeder sowjetischen Intervention im eigenen Herrschaftsbereich läßt sich mühelos die Parallele in der „freien Welt“ finden. Aber es läßt sich hier auch etwas finden, wonach der geschichtliche Beobachter auf der anderen Seite nur drei „relative“ Entsprechungen ortet (Jugoslawien, Albanien und China): die geopolitische Veränderbarkeit des Status quo. In Asien, in Afrika, in Lateinamerika lassen sich Dutzende Beispiele seit 1945 zuungunsten des Imperialismus anführen.

Hier ist nicht von Veränderungen die Rede, die eine neuartige Politik einführen, ohne das System in Frage zu stellen (wie z.B. in Ungarn). Selbst diese Einschnitte sind im westlichen Bereich substantieller und potentiell systemüberwindender (z.B. jetzt in Frankreich).

Worum es hier geht, ist die ernüchternde Wahrheit, daß die Störungen, Defekte und Teilzusammenbrüche im „sozialisti-

schen Weltlager“ nicht einfach Widersprüche sind, die nur in den globalen Rahmen des „weltweiten Klassenkampfes“ einzuordnen und somit zu „erklären“ sind, sondern daß es diesen Klassenkampf, wie im nationalen Rahmen auch international nicht mehr mit der Orientierungshilfe der Barrikade gibt als Frontverlauf und politische Grenze, wo den Kämpfenden durch ihren Standort automatisch bestimmbar gewesen ist, auf welcher Seite der Klassen und ihrer Interessen sie stehen.

4

Aber wie sieht es mit der kurzen Epoche der Entspannungspolitik aus? Als Entspannungspolitik wurde das Ende des Kalten Krieges nach Stalins Tod und der Beginn einer vorsichtigen Öffnung des sowjetischen Blocks Richtung Westen in der Sprache der Politiker und Publizisten bezeichnet: international gebräuchlich als Detente. Es war die Zeit der Tauwetterperiode und der Entstalinisierung. Eine neue strategische Konzeption für die weitere Entwicklung der Weltrevolution angesichts der H-Bombe und der totalen Zerstörbarkeit der Welt wurde dringend erforderlich. Ihre Prinzipien als Politik der friedlichen Koexistenz wurden unter der Federführung Tschou En Lais durch die Führung der VR China auf der Bandunger Konferenz 1955 der Weltöffentlichkeit vorgestellt. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- o Verzicht auf Krieg als Lösung strittiger Fragen,
- o keine Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, unter welchen Vorwänden auch immer;
- o die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern müssen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens beruhen.

Wenn wir diese Prinzipien während der zeitgeschichtlichen Periode von Chruschtschow bis Breschnew, als bis heute, an Hand der Politik der SU überprüfen, müssen wir mit Schrecken feststellen, daß diese Politik – jedenfalls in der Art und Weise ihrer Anwendung durch die sowjetische Führung – schon vor Afghanistan und NATO-Nachrüstungsbeschluß – gescheitert ist. Denn die Grundpfeiler dieser Politik, der unter Chruschtschow bis Breschnew, also bis heute, KPdSU verankert wurde (das bis heute gültig ist), war die Überzeugung von der Überlegenheit des „Sozialismus“, von der Möglichkeit, den Kapitalismus auf allen Ebenen, vor allem aber der Produktion und des Lebensstandards der Massen bis Anfang der achtziger Jahre,



(also bis heute) zu erreichen, ja zu überholen. Das ist gewiß vollkommen danebengegangen: Polen ist für den Bankrott der „sozialistischen Marktwirtschaft“ ebenso ein Symbol geworden wie die daraus folgenden politischen Gefahren für das sowjetische System. Auch wurde das sowjetische Lager größeren internen Zerreißproben ausgesetzt als das kapitalistisch-imperialistische: der Bruch mit der VR China ist u.a. eine Folge der tiefen Kontroverse über die Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf die Beziehungen zwischen kommunistischen und Arbeiterparteien, sowie zwischen verbündeten Ländern des Sozialismus. War damals schon die Reaktion der sowjetischen Führung bezeichnend auf die Infragestellung der Führungsrolle der SU und ihres Anspruchs, Zentrum der Weltrevolution zu sein, demonstrierten die Ereignisse in der CSSR 1968 bis zur letzten brutalsten Konsequenz, der militärischen Gewaltanwendung eben, daß die „beschränkte Souveränität“ der Länder des Warschauer Paktes bis zu einem Grad geht, der an eine Art Vasallentum erinnert.

Dies war zur Zeit des Pariser Mai '68, der chinesischen Kulturrevolution, aber auch des weltweiten Engagements aller fortschrittlichen Kräfte gegen den Völkermord der USA in Indochina. Der Prager Frühling und der darauffolgende Frost waren bald vergessen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West strebten einem ungeahnten Boom entgegen.

1975, die Niederlage der USA in Vietnam, scheint ein Wendepunkt in den strategischen Überlegungen und Plänen der UdSSR gewesen zu sein. Die Konkurrenz-Weltmacht USA zog sich schwer angeschlagen zurück, die Watergate-Affäre verstärkte noch mehr die innere Verunsicherung der imperialistischen Supermacht Amerika. Die folgenden Jahre der US-Innen- und Außenpolitik standen im Zeichen des sogenannten Vietnam-Syndroms.

Die sowjetische Führung, in der die Militärs immer mehr zu reden haben (die SU verwendete inzwischen einen Großteil ihres Nationalprodukts für eine atemberaubende Modernisierung und Aufrüstung ihrer Streitkräfte) zog ihre eigenen Schlußfolgerungen aus Carters

zögernder, unentschlossener, mehr die moralische Predigt (Menschenrechte in Ost und West) als die klare politische Linie bevorzugende Regierungszeit. Die Sowjetunion ist heute in verschiedensten Teilen der Welt militärisch engagiert; sie unterstützt das militärische Engagement mit ihr verbündeter Länder wie Kuba und Vietnam. Aber ganz gewiß war ihre Entscheidung in Afghanistan in großem Maßstab militärisch einzugreifen und dort einen zermürenden Interventionskrieg gegen moslemische Guerilla-Krieger zu führen, das Moment, das zur heutigen Spannungspolitik, ja Konfrontationsstrategie der USA beigetragen hat. Zwar hat sich dies schon unter Carter abgezeichnet: Boykott der Olympiade in Moskau, Getreidelieferungsstopp waren die ersten Reaktionen auf die Herausforderung durch die sowjetische Supermacht.

Natürlich benützt die erzreaktionäre, die aggressivsten Interessen des militärisch-industriellen Komplexes repräsentierende Reagan-Haig-Administration diese Entwicklung für die Rechtfertigung ihrer abenteuerlichen Außen- und Innen-



politik, vor allem für die Durchsetzung ihrer wahnwitzigen Pläne zur bisher kostspieligsten und gefährlichsten An-kurbelung der Aufrüstung in den USA und Westeuropa.

5

Wir wollen zusammenfassen und einige Schlußfolgerungen aus unseren Überle-gungen ziehen, die nicht darin münden sollen, daß der Leser über die Gefahren, die uns bedrohen zwar aufgeklärt, aber mit dem Gefühl der Hilflosigkeit und Ohnmacht zurückgelassen bleibt. Die Umkehrung des biblischen Trostspruchs „Fürchtet Euch nicht“ in die aufkläre-risch bejahende Form „Fürchtet Euch vor dem Atomtod!“ klingt nicht weni-ger fatalistisch. Weder der Optimismus von Narren, noch der Pessimismus von Untergangspropheten ist angebracht. Wir müssen die Gefahren genau ins Auge fassen, und zwar *alle* Gefahren, von welcher Seite sie auch kommen. Und wir müssen unsere Friedensstrategien glaubwürdig vertreten, indem wir aus-schließlich unsere allgemeinen Interes-sen, das Überleben der Menschheit in den Mittelpunkt stellen und nicht die besonderen einer Klasse oder einer be-stimmten politischen Macht.

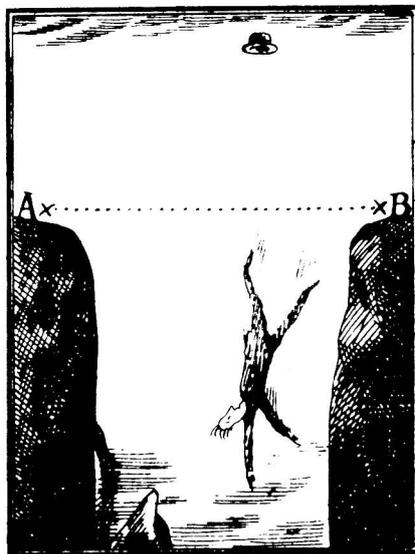
Daß Gesamteuropa (Ost und West) sich den beiden Supermächten geradezu an-bietet, einen „Erstschlag“ außerhalb ihrer eigenen Territorien auszuführen, hat auch Prof. Galtung anlässlich seines Vortrags in Wien vor kurzem bestätigt. Und diese atomare Verwüstung Europas rückt mit jedem Tag der zunehmenden Konfrontationsbereitschaft beider Sei-ten näher. Der Nachrüstungsbeschluß der NATO erhöht diese Gefahr, anstatt sie zu verringern. Insofern ist die Forde-rung nach Aussetzung dieses Beschlusses sinnvoll und notwendig. Diese Forde-rung muß aber gleichzeitig mit der offe-nen und bedingungslosen Ablehnung der sowjetischen Aufrüstungspolitik und der Installierung der SS 20-Raketen ver-knüpft werden.

Die neue Friedensbewegung darf auf keinem Auge blind sein, sie darf auf keinem Bein lahmen. Sonst wird sie – mit Recht – als Fünfte Kolonne entlarvt und in dieser Funktion der „nützlichen Idioten“ isoliert werden.

Rudolf Bahro hat in der Nummer 21 der Zeitschrift BEFREIUNG (West-Berlin) die Diskussion in der westdeutschen Linken und in der osteuropäischen Frie-densbewegung zusammengefaßt („Über-legerungen zu einem Neuanatz der Frie-densbewegung in Deutschland“). Be-



merkenswert u.a. ist die Erkenntnis, die dort mit erheblichem Mut vertreten wird (Bahro spricht nicht nur zu einigen Hunderten, sondern zu Zehntausenden Menschen in der BRD); der pazifistische Zugang ist nicht der einzig mögliche Weg zum Frieden, ein solcher Zugang bleibt auch meist stecken, weist keinen Ausgang aus dem Labyrinth der Fragen und Probleme. Das Recht auf Vertei-digung und auf wirksame Vorbereitung gegen einen Aggressor ist nicht nur das gute Recht jeder Person, jeder Gruppe, jeder Gemeinschaft, sondern auch jedes Staates und jeder Nation. Sie kann sogar Verpflichtung sein, wenn sie nicht auf Zwang, sondern auf Einsicht beruht, wenn sie nicht als Handwerk von Spezia-listen, sondern von einem ganzen Volk



– trotz aller sonstigen sozialen und politischen Divergenzen – bejaht und freiwillig getragen wird. (Galtung nannte als für ihn positive Beispiele einer glaub-würdigen Defensivstrategie die Länder Jugoslawien, Schweiz, Finnland und Schweden).

Wenn wir dieses Bundesheer in Öster-reich also nicht wollen, müssen wir die Frage beantworten, was wir haben wollen oder wie wir es haben wollen.

Es gibt sicherlich keine gerechten Kriege. Aber es gibt das Recht auf Befreiung von Unterdrückung – notfalls mit Waffengewalt. Soweit angeht, müs-sen wir als Sozialisten aber auch ein-gestehen, daß wir die Frage der Vertei-digung der eigenen Bevölkerung, der Grenzen des eigenen Landes nicht mehr einfach mit der Haltung des Defätismus beantworten können. (Je schlechter es dem bürgerlichen Nationalstaat in einem kriegerischen Konflikt mit einem ande-ren geht, umso besser die Aussichten für den gesellschaftlichen Umsturz). Die italienischen Eurokommunisten haben hier am tiefsten nachgedacht und die radikalsten Konsequenzen gezogen. (Die Blöcke dürfen nicht einseitig von innen geschwächt, sie müssen gleichzeitig ab-gebaut werden).

Der „Ewige Friede“ wie der Weltsozia-lismus sind in weite Ferne gerückt. Wir müssen den Dritten – das ist auf jeden Fall Thermonuklearen – Krieg verhin-dern. Wir müssen verhindern, daß Europa zu seinem „Schauplatz“ wird. Als Sozialisten müssen wir die Perspek-tive des Friedens mit der Perspektive des Sozialismus verknüpfen.

Dieser Friede muß aber gerecht sein, nicht einer der Unterwerfung unter den Stärkeren. Und dieser Sozialismus muß frei sein – oder er wird nicht sein.

Er kann nicht – mitsamt einem Fried-hofsfrieden – von außen gebracht wer-den. Die polnische Entwicklung – falls sie sich durchsetzt –, die autonomen kommunistischen, sozialistischen und alternativen Ansätze in Westeuropa, die eine lebenswerte humanere Zukunft gegenüber einer total ausgelaugten, inner-lich zerfressenen kapitalistischen Lei-stungsgesellschaft schrittweise auf die Tagesordnung setzen könnten, sind reale Aussichten auf Rettung und Verände-rung inmitten der Irrealität von Sicher-heitssystemen östlicher Potentaten und westlicher Geldsäcke, für die heuer allein 500 Milliarden US-Dollar aufge-wendet werden sollen. Der Marsch gegen diesen Irrsinn muß überall angetreten werden.

Zsolt Patka

---

# Im Osten nichts Neues?

ENTSPANNUNGSPOLITIK UND INNERER WANDEL IN OSTEUROPA  
INTERVIEW MIT ANDRAS HEGEDÜS

Andras Hegedüs, ehemaliger Ministerpräsident Ungarns und Mitunterzeichner des Warschauer Pakt-Vertrages, namhafter Theoretiker der sogenannten Budapester Schule, zählt heute zu den führenden Köpfen der ungarischen Opposition.

**Reinhard Fried:** Die Außenpolitik der neuen Reagan-Administration läuft auf den Versuch hinaus, eine erneute militärische Überlegenheit und damit die Fähigkeit zum atomaren Erstschlag zu erreichen. Bedeutet das deiner Meinung nach das Ende der Entspannungspolitik, wie wir sie seit Ende der sechziger Jahre in Europa erleben?

**Andras Hegedüs:** Der neue Reagan-Kurs ist meiner Meinung nach sehr gefährlich für die ganze Menschheit. Ich denke, daß Reagan nicht gewonnen hätte, wenn von anderer Seite nicht einige grobe Fehler gemacht worden wären. Aber das bedeutet natürlich nicht, daß nicht aus der heutigen Situation eine *neue* Entspannungspolitik entfaltet werden könnte. Ich denke, diese Möglichkeit gibt es. Dazu muß man die Fehler analysieren und die Situation neu überdenken.

**Reinhard Fried:** Ein Problem, das sich meistens stellt, wenn wir mit oppositionellen Genossen aus Osteuropa diskutieren, ist das unterschiedliche Verständnis von Entspannungspolitik. Zum Beispiel verstehen polnische Genossen vom KOR unter Entspannungspolitik in erster Linie das gegenseitige Anerkennen von Machtsphären zwischen den Super-

mächten, während für uns Entspannung in erster Linie friedliche Koexistenz, Ostverträge, Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen und Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung beinhaltet. Was bedeutet für dich Entspannungspolitik?

**Andras Hegedüs:** Meiner Meinung nach bedeutet Entspannungspolitik in erster Linie, daß die Supermächte eine andere Politik betreiben in den verschiedenen Ländern der Welt. Ich denke, daß es eine Voraussetzung für eine weitere Entspannungspolitik wäre, daß es in der Dritten Welt keine Strömungen gäbe, die der Politik der einen oder anderen Supermacht zum Sieg verhelfen würde.

**Reinhard Fried:** Wenn wir Dich richtig verstanden haben, dann liegen die Fehler in der Entspannungspolitik vor allem im Kampf um die Länder der Dritten Welt, und du meinst, daß da die Gründe für das Scheitern der Entspannungspolitik liegen?

**Andras Hegedüs:** Ich denke, die Politik der Sowjetunion in Afghanistan ist ein sehr großer Fehler, nicht nur die Invasion. Für die Sowjetunion, für die Entspannungspolitik und für die gesamte Menschheit wäre ein neutrales Afghanistan besser als die heutige Situation. Im

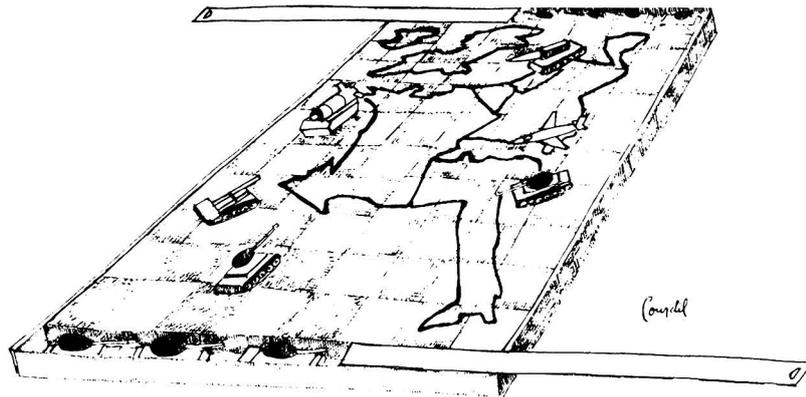
Iran zum Beispiel wäre es für die USA besser, die neue Machtstruktur würde nicht durch den CIA beseitigt, sondern Iran wäre ein relativ progressives neutrales Land zwischen den USA und der Sowjetunion.

**Reinhard Fried:** In Bezug auf Osteuropa könnte man ja die zugespitzte These formulieren, daß zu Beginn der Entspannungspolitik eine sowjetische Intervention in der CSSR möglich war, ohne die Entspannungspolitik zu gefährden, während in der heutigen Situation, wo die Entspannungspolitik seit Afghanistan in Frage gestellt ist, die Sowjetunion in Polen nicht interveniert. Daraus wird zum Teil in Polen der Schluß gezogen, daß das Ende der Entspannungspolitik eigentlich bessere Voraussetzungen für einen gesellschaftlichen Wandel bietet in Osteuropa.

**Andras Hegedüs:** Dies ist eine sehr gefährliche Meinung! Nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung kann diese Auffassung entstehen. Die polnische Opposition entwickelte sich nicht in diesem oder im letzten Jahr, sondern vor allem in den Jahren der Entspannungspolitik, ohne die es diese Bewegung nicht gäbe. Und auch in anderen osteuropäischen Ländern hat die Entspannungspolitik

»Einen Strich machen unter alle Raketen und den Saldo ermitteln...«





das Entstehen autonomer Denkansätze und autonomer Politik sehr gefördert. Es wäre sehr schlecht, nur im Rahmen oppositioneller Kreise zu denken. Wir müssen die gesamte mögliche demokratische Entwicklung dieser Länder sehen, nicht nur die Entfaltung der oppositionellen Kreise.

Die Bedeutung der Entspannungspolitik liegt darin, daß kleinere Länder zwischen den Supermächten größere Möglichkeiten bekommen für eine progressive Politik.

**Reinhard Fried:** Eine Fortsetzung der Entspannungspolitik steht ja heute nicht nur wegen Afghanistan in Frage, sondern vor allem auch durch die mögliche Realisierung des Nachrüstungsbeschlusses der NATO, der die Stationierung von 400 neuen Mittelstrecken-Waffen in Europa innerhalb von 3 Jahren vorsieht. Im Gegensatz zur Aufrüstung der NATO bekundet die Sowjetunion zum wiederholten Male ihr Interesse an einer Fortsetzung der Entspannungspolitik und ihre Bereitschaft zu Abrüstungsverhandlungen. Welche Auswirkungen hat deiner Meinung nach der Nachrüstungsbeschuß auf die Politik der Sowjetunion?

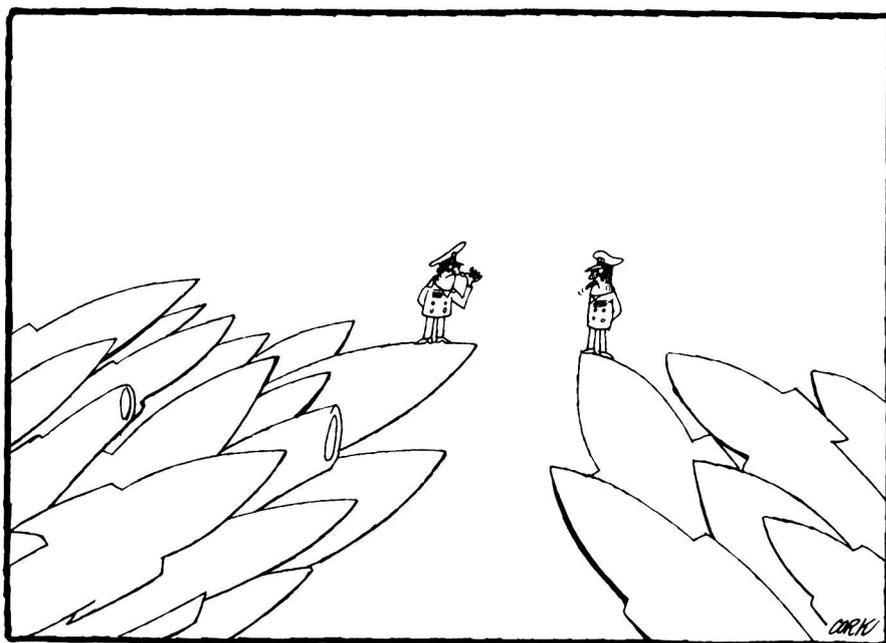
**Andras Hegedüs:** Es ist in dieser Hinsicht sehr wichtig zu wissen, daß in der Sowjetunion großes Unverständnis und Unsicherheit existiert bezüglich der Ziele der westlichen Länder. Diese Furcht hat geschichtliche Gründe. Die Sowjetunion war in der Situation einer Festung, die von verschiedenen Kräften eingekreist ist. Es wäre für die westlichen Länder sehr wichtig, dies zu verstehen. Diese Denkweise wird durch den NATO-Beschluß verstärkt. Und umgekehrt herrscht in den westlichen Ländern die Furcht, daß die sowjetischen Panzer durch die BRD zum Ozean fahren werden. Diese Ängste sowie die Furcht, daß die heute existierenden Machtstrukturen exportiert werden könnten, mobilisieren die Widerstände gegen die Entspannungs-

und Abrüstungspolitik unter den Völkern. Als Beispiele möchte ich Italien und Polen nennen. Es war sehr wichtig für die Entspannungspolitik, daß der Eurokommunismus es abgelehnt hat, dem sowjetischen Modell zu folgen, und ebenso wichtig ist es, daß die polnischen Gewerkschaften nicht dem westlichen Modell der bürgerlichen Demokratie folgen. Die linksorientierten Kräfte in den westlichen Ländern müssen dem sowjetischen Modell eine Absage erteilen und die progressiven Kräfte in den östlichen Ländern müssen klarmachen, daß sie nicht ein bürgerliches System aufbauen wollen. Jede andere Politik wäre gegen die Entspannungs- und Abrüstungspolitik gerichtet.

**Reinhard Fried:** Die Angst, die du angesprochen hast, hat ja ihre reale Grundlage in der enormen Hochrüstung beider Supermächte und der davon ausgehenden Bedrohung. Wie würdest du denn,

wenn wir davon ausgehen, daß es in der Natur der kapitalistischen Produktionsweise liegt, eine expansive, sprich imperialistische Politik zu betreiben, die Außenpolitik der Sowjetunion nach '45 beurteilen? Hat die Sowjetunion deiner Meinung nach ebenfalls eine expansive imperiale Außenpolitik betrieben oder eher eine defensive?

**Andras Hegedüs:** Zunächst sehe ich, daß das elementare Interesse der Sowjetunion eine Abrüstungs- und Entspannungspolitik ist. In der heutigen Situation existiert aber nach wie vor die Einkreisungsgangst in der Sowjetunion, und man meint, die Einkreisung werde gelockert, wenn auch außerhalb des unmittelbaren eigenen Machtbereichs in verschiedenen neuen Ländern Veränderungen stattfinden, die für die Sowjetunion günstig, für die USA ungünstig sind. Ich denke aber, es ist unmöglich, diese Politik fortzusetzen, da es sonst auf eine Katastrophe zugeht. Auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung hat die Sowjetunion ein elementares Interesse an einer Abrüstungspolitik. Da die wirtschaftliche Basis der östlichen Länder für eine Abrüstungspolitik nicht so breit ist wie die der westlichen Länder, gibt es sehr große Belastungen für die östlichen Länder. Ich fürchte, verschiedene reaktionäre westliche Kreise spekulieren darauf, daß die Aufrüstung für die Sowjetunion eine ökonomische und politische Katastrophe wird; sie bedenken dabei nicht, daß dies nicht nur eine Katastrophe für die Sowjetunion wäre, sondern für die ganze Menschheit, weil es einen dritten Weltkrieg bedeuten würde. Deswegen gibt es zur Entspannungs- und Abrüstungspolitik keine Alternative.



Nilus: »Es geht um die Notwendigkeit . . .

# ...und Afghanistan und...

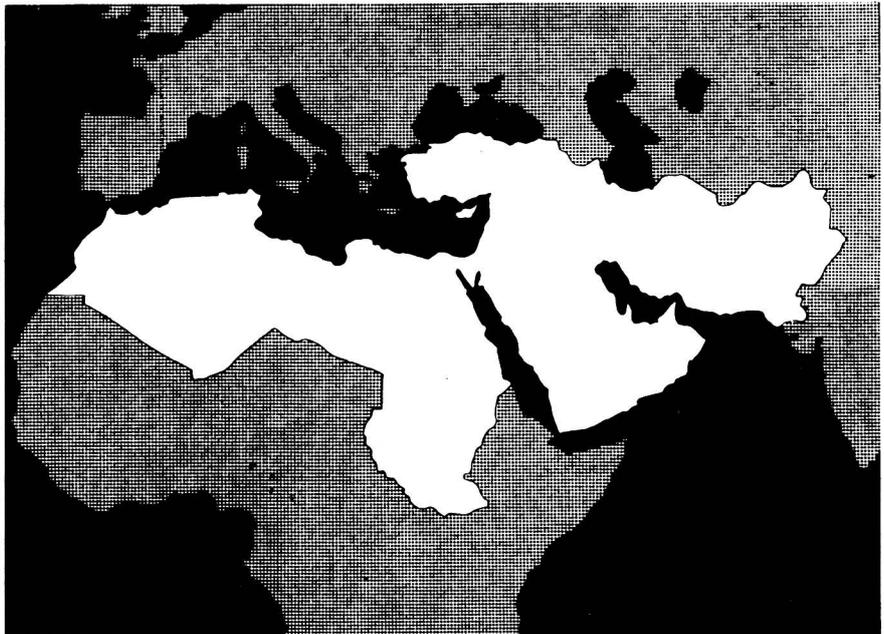
ERNST OTTO CZEMPIEL  
VOR EINER KONFRONTATION DER  
GROSSMÄCHTE?  
INTERESSENLAGE, KONFLIKTIN-  
TERPRETATION UND POLITISCHE  
STRATEGIE DER GROSSMÄCHTE IM  
NAHEN UND MITTLEREN OSTEN

## Das Klima in den Beziehungen der beiden Großmächte hat sich rapide verschlechtert

Sicherlich hat sich seit 1971 etwas gewandelt. 1973 begann *die neue Ölpolitik der OPEC*, 1979 intervenierte die Sowjetunion in Afghanistan. Doch hat sich an der Grundeinschätzung der sowjetischen Nahost-Politik, wie sie 1973 ein hoher Beamter des amerikanischen Verteidigungsministeriums formulierte, kaum etwas geändert. Er sah die von der Sowjetunion ausgehende Bedrohung nicht in einer möglichen unmittelbaren *militärischen Aktion*, sondern in der Einflußvergrößerung und in der *Subversion*. Diese Einschätzung wird auch nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan von den meisten arabischen Staaten, von den Europäern und von vielen Amerikanern geteilt. Die Gründe, die die Administration *Carter* in ihrer letzten Zeit und vor allem die Administration *Reagan* bestimmt haben, sich verstärkt auf ein militärisches Engagement im Nahen Osten einzulassen, sind daher weniger in der Region selbst, als vielmehr ganz woanders zu suchen: in dem veränderten Klima zwischen den beiden Großmächten.

## Entspannungspolitik bedeutete die Verlagerung des Ost-West-Konflikts auf die politische, wirtschaftliche und ideologische Ebene

Die Beziehungen zwischen den beiden Supermächten waren 1979 bereits so schlecht, daß der Salt-II-Vertrag wie ein



Anachronismus wirkte. Er stammte aus einer Zeit, in der beide Seiten gewillt waren, den zwischen ihnen schwelenden Konflikt durch Konfrontationsverzicht und Rüstungskontrolle zu entspannen, seinen Austrag mehr und mehr vom militärischen Gebiet auf die Ebene wirtschaftlicher, politischer und ideologischer Konkurrenz zu verlagern. Dies war der eigentliche Inhalt der Entspannung, wengleich sie vielfach falsch verstanden und zu hoch bewertet worden war. Abgesehen von der Rhetorik aber waren sich beide Supermächte über den konkreten Inhalt ihrer Verständigung sehr wohl im klaren. Sie betraf nicht den Konflikt als solchen, sondern nur die *Form seines Austrags*. Da der Nuklearkrieg sich von selbst verbot, es zum Verzicht auf ihn keine Alternative gab — wie *Kissinger* sagte —, war es nur logisch, den Verzicht darauf beiderseits festzuschreiben und beiderseits verlässlich zu machen. Dies war der Kern der Entspannungspolitik seit dem Atomteststoppvertrag von 1963, es war der Kern auch der Vertragswerke, die zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten 1972/73 abgeschlossen worden waren.

## Der Umschwung und seine Ursachen

In diesem Kern hat sich die Veränderung vollzogen. Ihr Ausmaß läßt sich schlaglichtartig, wenn eben auch nicht präzise, an der Äußerung des neuen Außenministers *Haig* ablesen, daß der Friede nicht mehr das höchste und einzige Ziel darstelle. Man darf das Wort nicht auf die Goldwaage legen, aber es zeigt doch, wie sehr sich das Klima verändert hat.

Die Gründe dafür sind schwer zu entdecken. In der Regel werden auf westlicher Seite die sowjetische Aufrüstung seit 1962 sowie eben der *Einmarsch in Afghanistan* erwähnt. Das Argument überzeugt nicht, weil sich der Wandel lange nach dem Beginn der sowjetischen Aufrüstung und weit vor dem Moskauer Einmarsch in Afghanistan vollzogen hat. Die Gründe für den Umschwung müssen vielmehr in veränderten Perzeptionen gesucht werden, die ihrerseits auf *veränderte, innergesellschaftliche Konstellationen* in den beiden Weltführungsmächten zurückzuführen sind.

## Geändert hat sich vor allem die Sichtweise

Eine Veränderung dieser Art hat sich offensichtlich im Verhältnis der beiden Supermächte seit einigen Jahren vollzogen; sie ist es, die den Nahen und Mittleren Osten zu dem Pulverfaß gemacht hat, das er zweifellos darstellt. Dabei hat sich das Gewicht des Pulvers gar nicht sonderlich erhöht, seine Verteilung nicht fundamental verschoben. Was früher jedoch mit Gelassenheit betrachtet wurde, die Nähe der Sowjetunion zum Persischen Golf, erscheint jetzt als die berühmte glimmende Lunte. Der auf den Nahen und Mittleren Osten gerichtete Blick sieht plötzlich andere Sachverhalte, also genauer: er *bewertet* die vorhandenen Sachverhalte *anders*. Was unter dem Aspekt amerikanisch-sowjetischer *Entspannung* als akzeptabel und weitgehend unproblematisch galt, erscheint im Licht weltweiter *Rivalität* der beiden Supermächte als akute Drohlage.

Sie wird umso heftiger empfunden, als im Nahen und Mittleren Osten zweifellos zahlreiche *höchst sensitive Interessen* beider Seiten lokalisiert sind: *Energie-reserven* und strategisch wichtige *Land- und Wasserverbindungen*. Hinzu kommt die *israelisch-arabische Auseinandersetzung*, die bis vor wenigen Jahren als das Hauptproblem der Region galt. Schließlich hat sich mit dem *Sturz des Schahs* im Iran die Machtverteilung in der Region zu Ungunsten des Westens (keinesfalls zu Gunsten des Ostens) verschoben, hat sich mit dem *iranisch-irakischen Krieg* ein Vorgang entwickelt, der zwei der wichtigsten Ölförderländer betrifft. Eine Beeinträchtigung der Versorgung des Westens ist wenigstens perspektivisch nicht auszuschließen.

## Welche langfristigen Interessen verfolgt die Sowjetunion im Nahen und Mittleren Osten?

Ist ein langfristiges Interesse an der Region erkennbar, so spricht wenig dafür, daß die Sowjetunion es *militärisch* realisieren wird. Ihre Politik gegenüber dem Irak, dem Süd-Jemen, Somalia/Äthiopien und Libyen läßt vielmehr darauf schließen, daß die Sowjetunion in allererster Linie *politischen Einfluß* einzusetzen versucht. Das begann mit ihrer Mittelost-Doktrin von 1955, in der die Sowjetunion ihre bisherige Unterstützung Israels aufgab zugunsten der arabischen Staaten. Es setzte sich fort, vor allem mit der Politik gegenüber Ägypten – auch wenn sie hier erfolglos blieb. Da die Sowjetunion weltweit das Ziel ver-

folgt, die Entwicklungsländer zu sich herüberzuziehen und sie von der Westbindung abzubringen, kann sie im Nahen und Mittleren Osten das Instrument der militärischen Eroberung nicht einsetzen.

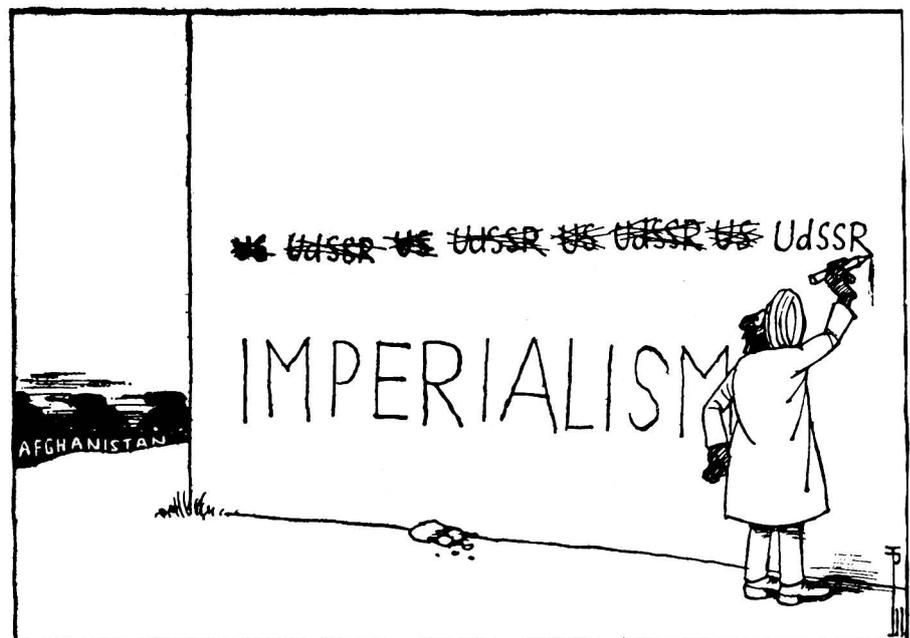
Im Rahmen dieses Interessen-Kalküls muß die Intervention in Afghanistan beurteilt werden, das Faktum also, daß die Sowjetunion hier militärisch interveniert hat. Die meisten Analysen stimmen darin überein, daß diese Intervention nicht die Folge eines sowjetischen Expansionsdranges, sondern die *ultima ratio* in einer Auseinandersetzung war, in der die pro-sowjetische Orientierung Kabuls verlorenzugehen und der Widerstand islamischer Gruppen innerhalb der Sowjetunion gestärkt zu werden drohte.

Inzwischen aber hat sich für die Sowjetunion eine sehr viel bedrohlichere Einkreisungsperspektive ergeben: durch die Zusammenarbeit zwischen den *Vereinigten Staaten und China*.

Schließlich wurde der *Nachrüstungsbeschluß der Nato* vom Winter 1979 in Moskau offenbar so gedeutet, daß der Westen nunmehr auch in Mitteleuropa den Konflikt verschärfen wolle.

## Afghanistan-Invasion und Sturz des Schah-Regimes trafen eben zusammen

Jedenfalls hat die sowjetische Intervention in Afghanistan schlaglichtartig die Tatsache beleuchtet, daß der Nahe und Mittlere Osten nach dem Rückzug



## Die sowjetische Intervention in Afghanistan

Vielleicht hätte sich die Sowjetunion mehr Zeit gelassen, hätte sie die Intervention hinausgeschoben, wenn nicht ein internationales Konfliktphänomen sich mehr und mehr in den Vordergrund ihrer Aufmerksamkeit geschoben hätte: die *Einkreisung*. Die Furcht davor bestimmte bis zu den technologischen Durchbrüchen der sechziger Jahre das sowjetische Denken gegenüber dem Westen in starkem Maße. Der Stützpunkt-Gürtel um die Sowjetunion herum bot dem Westen zahlreiche von der Sowjetunion nicht wettzumachende Vorteile. Ihre Abrüstung, vor allem auf maritimem Gebiet, ist sicherlich zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, die Einkreisung durch das Stützpunktsystem endgültig zu überwinden.

Großbritanniens 1971 aus dieser Region praktisch *keine westliche Militärpräsenz* mehr aufwies. Der amerikanische Stützpunkt Diego Garcia ist 2250 Seemeilen von der Straße von Hormuz entfernt: ein Schiff braucht fünf beziehungsweise sechs Tage dorthin. Der Indische Ozean, über dessen Entmilitarisierung sich die beiden Großmächte zu Zeiten der Entspannung schon fast verständigt hatten, sah bis Ende 1980 eine immer noch bescheidene westliche Flotte. Sie umfaßt zwei Flugzeugträger, fünf Kreuzer, sieben Zerstörer sowie Begleitschiffe; die Sowjetunion hat 26 Schiffe im Indischen Ozean. Keine der beiden Großmächte hat also eine Armada in diesem Raum bisher aufgebaut; im Westen gab es dazu auch keinen Anlaß. Die oft angeführte Kontrolle des Seewegs um das Kap der guten Hoffnung bedurfte keiner maritimen Komponente im Indi-

schen Ozean. Die Kontrolle des Golfs besorgte der Iran, der von den Vereinigten Staaten zu diesem Zweck (aber auch zur Bezahlung amerikanischer Ölimporte) massiv aufgerüstet wurde.

Am 24. Dezember 1979 rückte die Sowjetunion in Afghanistan ein, wodurch die Region nun zusätzlich und schlagartig in die amerikanisch-sowjetische Auseinandersetzung einbezogen wurde. Der Konflikt um Israel war nicht mehr der einzige; er wurde ergänzt durch die sichtbar gewordene Destabilisierung der Region einerseits, den sowjetischen Auftritt darin andererseits. Moskau mag dies nicht beabsichtigt haben; aber in der durch den Sturz des Schahs veränderten Situation nahm ihre Afghanistan-Intervention unweigerlich eine neue Qualität an. Wäre der Schah noch an der Regierung und wäre die amerikanische Demütigung in Teheran ausgeblieben, hätten die Vereinigten Staaten den Eingriff in Afghanistan wahrscheinlich als das akzeptiert, als das die Sowjetunion ihn ausgegeben hatte: eine zeitlich wie geographisch begrenzte Aktion, die in Moskaus Sicht unvermeidlich geworden war. Auf dem Hintergrund der veränderten Situation hingegen kann es nicht ausbleiben, daß der Westen weniger auf die erklärten Absichten als auf die verbesserten Möglichkeiten der Sowjetunion blickt. Unter diesem gänzlich veränderten Aspekt zeigt sich der Mittlere Osten und der Indische Ozean eben als jenes Machtvakuum, das vom Westen aufgefüllt werden muß, wenn es nicht von der Sowjetunion aufgefüllt werden soll.

### Unauffällig, aber zwangsläufig vollzieht sich ein militärischer Aufmarsch in diesem Gebiet

Das gilt vor allem für den Nahen und Mittleren Osten im Wettbewerb zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wird der Machtgewinn des Gegners als eigener Machtverlust gewertet. Es handelt sich, in der Sicht der beiden Kontrahenten, um ein Nullsummenspiel. Diese Sicht ist sicherlich falsch, aber sie bestimmt das Verhalten. Das überragende Interesse der Vereinigten Staaten besteht darin, einen Machtzugewinn der Sowjetunion zu verhindern. Ob militärisch oder politisch instrumentiert: *containment* (Eindämmung) ist das Schlüsselwort der amerikanischen Sowjetunionpolitik. Es ist zugleich die Basis der amerikanischen Entspannungspolitik *Kissingers* und *Nixons* Politik des Ausgleichs mit der Sowjetunion beruhte auf der Voraussetzung, daß Moskau die

Entspannung nicht zum eigenen Vorteil ausnützen würde. In *Kissingers* Sicht bestand ein *linkage* zwischen der Rüstungskontrolle und dem sowjetischen Wohlergehen. Noch sein Nachfolger *Brzezinski* hat diese These vertreten und das Scheitern von SALT-II in der sowjetischen Politik in Äthiopien lokalisiert.

### Lieber intervenieren als reformieren?

Die Administration *Reagan* wird, wenn nicht alles täuscht, sehr viel weitergehen und Pläne (wieder) entwickeln, die auch die Besetzung der arabischen Ölfelder durch amerikanische Truppen umfassen. Pläne dazu gibt es seit langer Zeit, spätestens seit 1975, als sich der Auswärtige Ausschuß des Hauses eine Analyse solcher Möglichkeiten durch die Forschungsabteilung der *Library of Congress* anfertigen ließ. Damals hatte freilich nicht die Sowjetunion den Anlaß dazu abgegeben, sondern die Ölkrise und der partielle Ölboykott des Jahres 1973. Die Pläne richteten sich gegen die Möglichkeit eines totalen Boykotts des Westens durch die OPEC, nicht gegen Moskau. Von der Sowjetunion wurden in einem solchen Fall höchstens Störaktionen erwartet. Handelt es sich hier sicherlich um ein Extrem, so zeigt die „Carter-Doktrin“, daß es gegebenenfalls durch weitere

Schritte der Sowjetunion zum akzeptierten Normalfall werden könnte. Nimmt die Gefährdung der Sicherheit dieser Region durch Moskau in amerikanischen Augen zu, so könnten mit einer amerikanischen Reaktion darauf auch Ölinteressen gegen etwaigen Widerstand der arabischen Besitzer durchgesetzt werden. Außenpolitische Entscheidungen sind, wie alle Entscheidungen, komplex: sie dienen nicht *einem* Ziel, sondern mehreren. Entscheidend ist die Mischung.

### Keine Lehren aus der iranischen Revolution?

Für die Administration *Carter* war die Mischung eindeutig. Einsatz militärischer Macht wäre nur gegen die Sowjetunion in Frage gekommen, niemals gegen die arabischen Staaten. *Carter* hatte sich auch im Iran zurückgehalten, als die andauernde Gefangenschaft der 52 Diplomaten den Einsatz militärischer Macht innen- wie außenpolitisch durchaus plausibel gemacht hätte. Das mißglückte Kommandounternehmen kann kaum als Ersatz dafür angesehen werden. Die Experten der Carter-Administration versuchten, wenigstens einige Lehren aus der Revolution im Iran zu ziehen, die wegen der militärischen Unterstützung des Schahs durch die USA auch einen starken anti-amerikanischen Charakter bekommen hatte.



Man wußte in der Carter-Administration, daß der Aufbau einer *direkten militärischen Präsenz* der USA im Nahen Osten die Regime der Scheichs in den Augen der Araber diskriminieren würde.

### Die USA sind als Freund Israels abgestempelt

In den arabischen Hauptstädten weiß man um diese Probleme. Jeder amerikanische Soldat in der Region würde die internen Unruhen verschärfen, weil er den Antiamerikanismus gegen die Regierenden richten würde, die ihre Zustimmung dazu geben müßten. Das würde bei den Arabern nicht verstanden werden, für die der wichtigste und gefährlichste Feind noch immer keineswegs die Sowjetunion, sondern Israel ist. Da die Vereinigten Staaten den Staat Israel schützen und seine gegen die arabischen Interessen gerichtete Politik stützen, haben sie traditionell im gesamten arabischen Raum ein außerordentlich schlechtes Bild hinterlassen. Es wird durch die sowjetische Intervention in Afghanistan

keinesfalls aufgehellt. Zwar wird diese Intervention durch die arabischen Staaten gleichfalls kritisiert, sie steht aber an Bedeutung weit hinter der Politik Israels, nun auch noch in ihrer durch Beginn verschärften Form, zurück. Die Araber sehen den Nahen Osten immer in seiner traditionellen, und für sie ausschlaggebenden Konfliktformation, hervorgerufen durch die Gründung des Staates Israel und durch das von ihm bewirkte Palästina-Problem. Sie werden sich auf absehbare Zeit nicht davon überzeugen lassen, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan daran etwas geändert hatte. Der Versuch der Vereinigten Staaten, die Definition und die Realisierung ihrer Interessen im Nahen und Mittleren Osten an Kabul und nicht an Jerusalem zu orientieren, müßte daher mit großer Sicherheit scheitern.

### Das Interesse an der Erhaltung Israels und das Interesse an der Erdölversorgung kollidieren

Hier berührt sich der amerikanisch-so-

wjetische Konflikt mit dem arabisch-israelischen, der einer ganz anderen Periode entstammt und ganz andere Konstellationen bewirkt. Amerikas Interesse an der Erhaltung Israels ist, wie bei allen anderen westlichen Staaten auch, traditionell und evident. Es ist von besonderer Bedeutung, insofern amerikanisches Geld, amerikanische Waffenlieferungen und, letztlich, latenter amerikanischer militärischer Schutz die Sicherheit Israels garantieren. Bis 1973 ließ sich das amerikanische Interesse an Israel wenigstens pragmatisch kombinieren mit der Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten. Sie waren schwach, nicht organisiert: das Öl war in den fünfziger und in den sechziger Jahren für den Westen wichtig, aber nicht lebenswichtig.

Fast alle diese Parameter änderten sich im Laufe der sechziger Jahre, zumal sich Israel andauernd weigerte, mit der Überlassung des West-Jordangebotes an Jordanien das Palästinenserproblem wenn nicht zu lösen, so doch wenigstens einem arabischen Staat zuzuschieben. Die Ölkrise von 1973 zeigte zum ersten Male, daß das amerikanische Interesse an der Erhaltung Israels nunmehr kollidierte mit dem amerikanischen Interesse an einer geordneten Ölversorgung.

### Vor einer „High-Noon“-Außenpolitik?

Die Administration *Reagan* übernahm damit ein schweres Erbe. Während *Carter* wenigstens versuchte, von Jerusalem Konzessionen zu erzwingen und damit den arabisch-israelischen Konflikt soweit zu beruhigen, daß er nicht mit dem amerikanisch-sowjetischen in der Region in Berührung kam, dürfte *Reagan* weniger vorsichtig zu Werke gehen. Bei seiner Administration ist die allgemeine Tendenz Amerikas zu einer *High-Noon-Diplomacy*, die *Stanley Hoffman* allen amerikanischen Regierungen bescheinigt, besonders stark ausgeprägt. *Reagan* könnte sich zu einer ganz anderen Lösung des Nahost-Problems versucht sehen, nämlich zu einer *militärischen Intervention der Vereinigten Staaten*. Sie läge zweifellos im Interesse Israels, das damit zum ersten Mal die von ihm geforderten Sicherheitsgarantien der USA in manifester Form bekäme. Gegen diese Machtkonzentration könnten die arabischen Staaten militärisch nichts mehr ausrichten; gleichzeitig müßten sie sich, wenn sich der amerikanisch-sowjetische Gegensatz in der Region militärisch formierte, den USA anschließen und sich dem amerikanischen Schutz öffnen. Das würde die Ölquellen verläss-



lich in amerikanische Hand bringen, die strategisch wichtigen Wasserwege sichern und die Sowjetunion von weiteren Interventionen abhalten. Es wäre ein *grand design* von Format.

Die Versuchung, den verwickelten Gordischen Knoten, den die außerordentlich komplizierten Verhältnisse im Nahen Osten zweifellos darstellen, mit einem solchen Hieb aufzutrennen, ist sicherlich groß. Sie wächst in dem Maße, in dem der Nahe und Mittlere Osten in den Ost-West-Konflikt und seine Maßstäbe eingeordnet werden. Auf diese Weise ist ja auch der Vietnam-Krieg entstanden, der als innervietnamesische Auseinandersetzung begann und durch den amerikanischen Eingriff in einen amerikanisch-chinesischen Stellvertreterkrieg umgewandelt wurde. Im Nahen und Mittleren Osten würde das Mißverständnis noch größere Folgen haben, weil hier die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sich unmittelbar gegenübertraten. Das haben die beiden Supermächte bisher strikt vermieden. Sie könnten versucht sein, diese Zurückhaltung zum ersten Mal im Nahen und Mittleren Osten aufzugeben, einem Gebiet, das für die Interessen des Westens zweifelsohne lebenswichtig, für die der Sowjetunion aber zumindest von solcher Bedeutung ist, daß sie eine militärische Besetzung durch den Westen nicht tatenlos hinnehmen würde. Die Wende, die Afghanistan im Nahen und Mittleren Osten heraufgeführt hat, kann in ihrer Bedeutung gar nicht überschätzt werden.

### Westeuropas Ölinteressen

Den Westeuropäern ist das wohl bewußt. Zwar können sie nicht als Großmacht gelten, auch nicht in Gestalt der Europäischen Gemeinschaft. Dennoch können sie, können ihre Interessen und ihr Einfluß nicht außer acht gelassen werden, wenn es um Großmachtinteressen im Nahen und Mittleren Osten geht. Einerseits sind sie selbst vital interessiert, andererseits ist ihre Kooperation für die Vereinigten Staaten entscheidend wichtig. Schließlich ist die Mittelmeer-Politik der Europäischen Gemeinschaft ein wichtiger Faktor bei der Zukunftsbestimmung des Nahen und Mittleren Ostens. Hinzu kommt letztlich, daß das Schicksal Westeuropas schon geographisch mit dem des Nahen und Mittleren Ostens eng zusammengeschlossen ist.

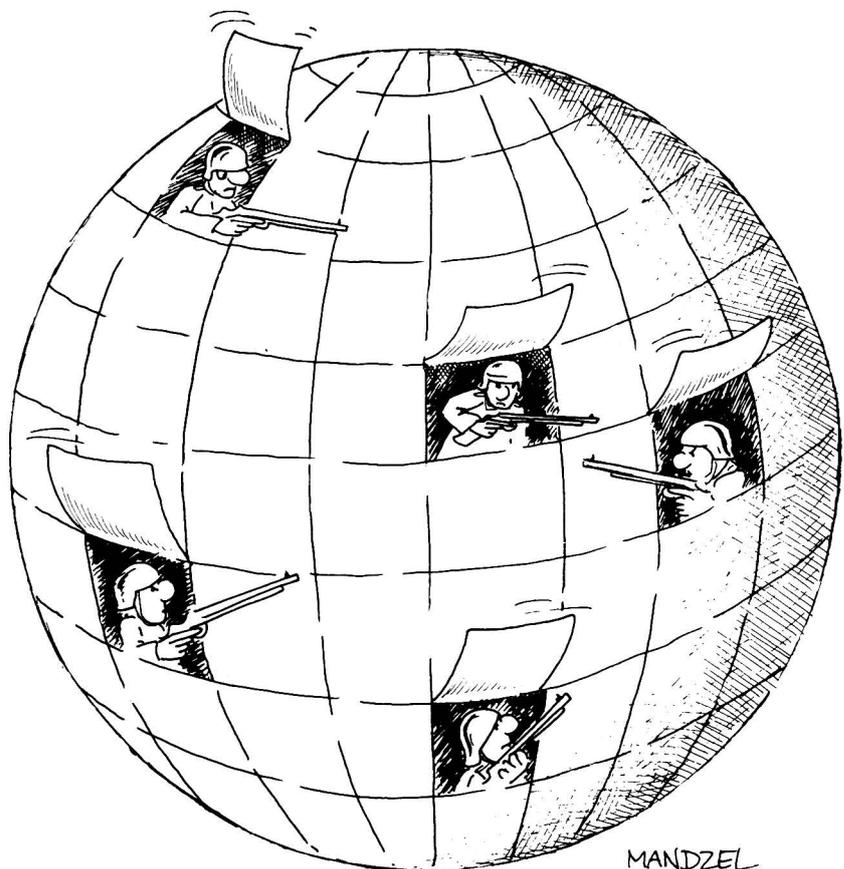
**Zugleich aber haben die Westeuropäer ein Interesse an der Gewaltvermeidung**

Die Westeuropäer teilen die amerikanische Besorgnis über die sowjetische Intervention in Afghanistan, beurteilen sie aber, wie die Reaktion auf den von den USA vorgeschlagenen Olympia-Boycott zeigte, etwas zurückhaltender. Als Voraussetzung zur Verhinderung weiteren Terraingewinns der Sowjetunion in der Region sieht Westeuropa den *Ausgleich zwischen Israel und den arabischen Staaten* an. Langsam und vorsichtig, aber unüberhörbar, hat Westeuropa auf die Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation durch Israel, auf die Beteiligung der PLO an den Friedensgesprächen und vor allem auf eine Lösung der Palästina-Frage im Sinne wirklicher Autonomie gedrängt.

Zwar hatten die Europäer schon früher die Beteiligung der PLO an der Friedensregelung und perspektivisch das Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk, praktisch also einen palästinensischen Staat, gefordert. Daß sie sich in Venedig so klar zu Wort meldeten, war jedoch nicht nur auf das Drängen der arabischen Staaten, sondern vor allem als Reaktion auf Afghanistan zurückzuführen. Die wachsenden Spannungen im Nahen und Mittleren Osten machen für die Europäer eine „umfassende Lösung des israelisch-arabischen Konflikts notwendiger und dringender denn je“.

### Die Bilanz ist wenig ermutigend

Die Bilanz der Großmachtinteressen ist wenig ermutigend. Die Trennungslinie verläuft nicht nur zwischen den Interessen der Sowjetunion und denen des Westens, sie verläuft auch schon zwischen den Interessen der Vereinigten Staaten und denen Westeuropas. Niemand kann vorhersagen, was die Sowjetunion wirklich beabsichtigt; niemand weiß, welche Fraktion gegenwärtig dort den Kurs bestimmt und welche ihn vielleicht morgen definieren kann. Unwägbarkeiten dieser Art haben im internationalen System immer eine Politik der Risikoversicherung hervorgeufen, eine Interpretation nach dem Schema der *worst case analysis* („nehmen wir einmal das Schlimmste an ...“). Auf diese Weise sind Konflikte entstanden, für die es keine reale Ursache gegeben hat. Es ist nicht auszuschließen, daß dergleichen jetzt sich in bezug auf den Nahen Osten vollzieht. Amerika hat die Politik der Entspannung aufgegeben: die Sowjetunion wird den USA darin folgen, ist ihnen vielleicht schon vorangegangen. Die Europäer werden es schwer haben, unter diesen Bedingungen Interpretationen aufrechtzuerhalten, die dem Systemzustand der Entspannung entsprechen. Und doch kann es als wahrscheinlich gelten, daß diese Interpretationen nach wie vor zutreffend sind.



# Widersprüche in der Friedensbewegung

Mit einem Thesenpapier im Gepäck ist dieser Tage eine Delegation der SJÖ aus der Sowjetunion zurückgekehrt. Die darin enthaltene Kritik der Genossen CAP, SCHLÖGEL und BUCHINGER gipfelt in der Feststellung, daß „für die sozialistische Gesellschaftsänderung die entscheidenden Diskussionsanstöße mit Sicherheit nicht aus der SU, sondern von der im antikapitalistischen Kampf stehenden westeuropäischen Arbeiterbewegung ausgehen wird.“ 1)

Diese Auffassung dient als Maßstab, um linkssozialdemokratische Friedenspolitik zu beurteilen.

Nicht nur zur Koordinatenbestimmung.

Worum es geht, ist dazu beizutragen, daß die sozialdemokratische Linke den ihr zukommenden Platz in einer autonomen österreichischen Friedensbewegung einnimmt und dieser Bewegung unter Einsatz ihrer Potenzen einen höheren Stellenwert verleiht.

Versuchen wir zunächst festzustellen, welche Positionen westeuropäische Arbeiterparteien einnehmen.

Hier soll von jener in der westeuropäischen Arbeiterbewegung wohl bedeutendsten Strömung die Rede sein, die – ihrem Ursprung nach eurokommunistisch, – seit geraumer Zeit einen den Gegebenheiten des entwickelten Kapitalismus entsprechenden Weg beschreitet: in Gegensatz zum sozialdemokratischen Integrationismus und zum orthodoxen Moskauzentrismus.

So breit und divergierend die in dieser Bandbreite erörterten Positionen sind, so deutlich ist die Abgrenzung von Versuchen der KPdSU, eine geschlossene, den fünfziger Jahren nachempfundene „Front der Friedensfreunde“ zusammenzuzimmern, die auf einem Auge blind sind.

Für das Scheitern dieser manichäischen Strategie, welche „die europäischen Kommunistischen Parteien auffordert, zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO zu wählen und jeden dritten Weg für ausgeschlossen hält“, 2) sind zahlreiche Belege anzubieten. Hier soll vor allem der Bogen erörtert werden, der sich vom Treffen „Kommunistischer und Arbeiterparteien“ am 28./29. April 1980 zur Madrider Konferenz der Linken im Februar 1981 spannt.

## Abkehr vom traditionellen Blockdenken

Das Pariser Treffen hat deutlich bewiesen, daß die eurokommunistischen Parteien in ihrer Mehrheit nicht mehr bereit sind, in der Friedensfrage mit der KPdSU und ihren „Bruderparteien“ einen Block zu bilden.

Der verabschiedete Beschluß eines „Appells der Kommunisten an die Völker Europas“ trägt diesen Namen zu unrecht. Schon von den an der Macht befindlichen Parteien Osteuropas blieben zwei dem „Friedens- und Abrüstungs“-Spektakel fern: die KP Rumäniens und der BdkJ. Durch Abwesenheit glänzten große Massenparteien wie die KPI, die KP Spaniens sowie andere, zahlenmäßig weniger starke Parteien wie die KP Großbritanniens, Schwedens, Hollands usw.

Die Schweizer Partei der Arbeit und die Belgische KP weigerten sich, das Schlußdokument zu unterzeichnen. Exemplarisch sei auf die Kritik des Belgischen Vertreters Bezug genommen, der ausdrückliche Vorbehalte gegen den Charakter der Konferenz und ihre Vorbereitung äußerte. Eine „Union gegen die Raketen“ müsse als eine breite „pluralistische Bewegung konzipiert werden, außerhalb jedes Blockes und mit dem Ziel, alle Mittelstreckenraketen in West- und Osteuropa abzubauen“. Es sei unmöglich, „von den Ereignissen zu abstrahieren, die außerhalb Europas dazu beitragen,



Breshnew – Carillo: The turn of a friendly card

die internationale Situation zu verschärfen, und von der Notwendigkeit, eine politische Lösung zu finden, die den Verzicht auf militärische Interventionen sowohl im amerikanischen – iranischen Konflikt als auch in Afghanistan einschließen“.

## Kritik des Bipolarismus

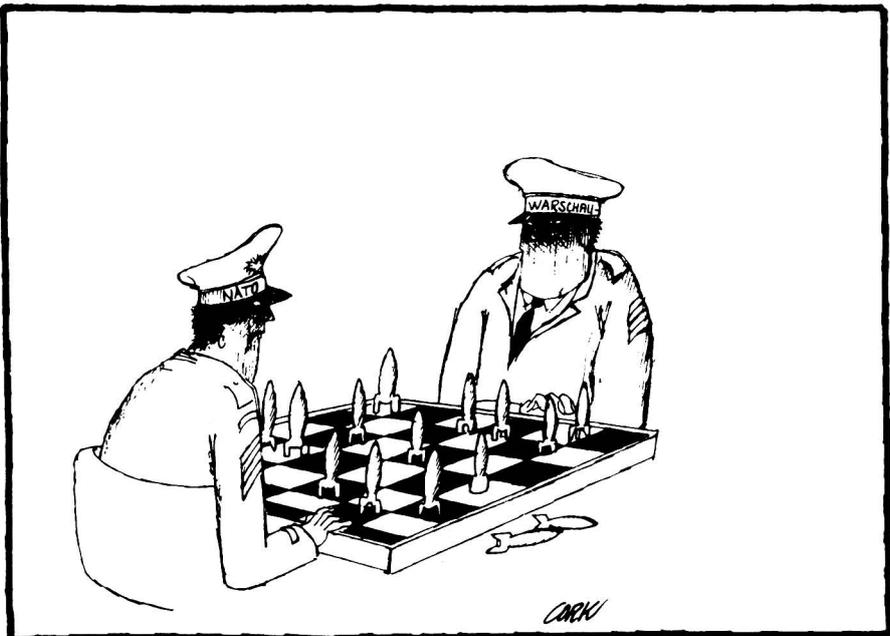
Weder heftigste polemische Attacken noch Versuche der Spaltung und Rekonstruktion von Kommunistischen Parteien alten Typs haben etwas daran ändern können, daß sich die fortschrittliche Arbeiterbewegung Westeuropas in der Frage der Friedenssicherung und des Abbaus von Spannungen autonome Positionen erarbeitet hat.

Diese Positionen bündeln sich in der Kritik der Krise des bipolaren Systems und erfassen damit die wesentliche Veränderung der internationalen Lage seit den fünfziger Jahren.

Pietro INGRAO kennzeichnet in einem Interview mit der theoretischen Wochenschrift der PCI, *Rinascita*, die Krise der Bipolarität als Krise des Hegemoniestrebens, jener Strategie, die „unseren Planeten in zwei große Zonen einteilt, deren jede von einer der beiden Supermächte kontrolliert und durch Übereinkunft der beiden Großen ‚reguliert‘ und ‚garantiert‘ wird.“

„Die Welt ist multipoler geworden“, resümiert INGRAO die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, „oder im Begriff es zu werden, und sie kann nicht mehr durch Übereinkunft der beiden Großen regiert werden.“

Eine bipolare Optik ist nicht imstande, die komplexen Beziehungen in der Welt adäquat zu reflektieren, wie Romano LEDDA, Leiter des Studienzentrums der PCI für Internationale Politik, feststellt (II Manifesto, 2.9.1981). Den Adepten dieser Optik, ideologisch gefesselt „auf der einen Seite an den Neoliberalismus und auf der anderen an den ‚Marxismus-Leninismus‘“, entgeht somit „das Neue und die Bedeutung der Nord-Süd-Frage“. (LEDDA) Gerade die UdSSR „reduziert diese auf einen normalen Widerspruch der kapitalistischen Welt, einen Widerspruch, der sie nichts angeht und der sie von der bi-polaren Optik nicht abbringt. Nachdem gewisse Konzeptionen über die revolutionäre Entwicklung der Dritten Welt und über die nationalen Bourgeoisien in eine Krise geraten sind, zieht sich die Sowjetunion auf eine Logik des Blocks zurück: im Grunde genommen unterschätzt sie die Bedeutung der Veränderungen der internationalen Ordnung: benützt sie die Krise der USA in der Nach-Vietnam-Zeit, um ihre Positionen durch die Er-



weiterung ihrer Einflußsphären, ihrer staatlichen und militärischen Bündnisse zu stärken.

Die echte Gefahr besteht darin, daß alle neuartigen Erfahrungen verflachen und eine autonome Artikulation einer verschiedenartigen ‚dritten Welt‘ unmöglich gemacht wird.“

Neben der Ignoranz der spezifischen Problematik der Dritten Welt haftet dem Bipolarismus eine weitere Problematik an: so meint LEDDA, er sei „unter anderem charakterisiert durch die reduzierte Fügsamkeit der Verbündeten, die in dieser Atmosphäre der wachsenden Spannung Gelegenheit zu einer ‚perverse‘ Autonomie finden. Der Rüstungswettlauf auf atomarem Gebiet und die Kraftproben erfassen jetzt auch schon die kleineren verbündeten Staaten und die Möglichkeiten zu ‚Zwischenfällen‘ werden häufiger. Man denke an Süd-Afrika oder an Israel, oder – auf einer anderen Ebene – an den Krieg zwischen dem Irak und dem Iran.“

## Ein neuer Internationalismus

Diese Situation erfordert die Abkehr von einem „proletarischen Internationalismus“, der zu einem Blankoscheck für den „Realen Sozialismus“ geworden ist, Aggressionsakte zu begehen und Rüstungen voranzutreiben. Es handelt sich nach Meinung eurokommunistischer Parteien darum, einen neuen Internationalismus zu entwickeln, der sich im Gegensatz zur Logik der Blöcke befindet. Es geht um die Entfaltung der Blockfreienbewegung und die Zusammenarbeit mit Ländern der dritten Welt. Es geht aber auch um die autonome Initiative Westeuropas, für die es genügend Gründe gibt. Pietro INGRAO:

„Die Verlegung des Schwerpunkts der

Weltpolitik in den Bereich einer militärischen Konfrontation ist für Europa ganz besonders gefährlich, denn Europa ist mehr exponiert als jede andere Zone der Welt, militärisch besonders verwundbar, und es hat die meisten Möglichkeiten für Initiativen. Außerdem braucht Europa eine kollektive Diskussion über eine neue internationale Arbeitsteilung: man denke nur an das Energieproblem...“

Dieser Internationalismus schließt auch die Intensivierung des Dialogs mit den demokratischen Kräften Osteuropas ein. In der Verteidigung gegen die Übergriffe der Hegemoniezentren verschmelzen die Unabhängigkeitsbestrebungen westeuropäischer und osteuropäischer Länder, wie u.a. Fernando CLAUDIN unterstreicht. 3)

Als Schritt zu dieser europäischen Initiative ist die Madrider Konferenz über Probleme der Entspannung, der Zusammenarbeit und der Menschenrechte zu betrachten, die Mitte Februar dieses Jahres stattfand – übrigens unter Abwesenheit der österreichischen Sozialdemokratie. An dieser Konferenz nahmen repräsentative Kräfte der europäischen Linken teil, so etwa Institute der KPI und PSI, die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD, die Bertrand Russell Stiftung aus Großbritannien. Die Unita faßt ein wesentliches Ergebnis des Treffens zusammen:

„Alle anerkannten die analoge Verantwortung der Sowjetunion und der USA für den aufgezwungenen Bipolarismus, für die Wiederaufrüstung und für die Spirale des Terrors.“

An diesem Punkt brechen wir den einleitenden Teil unserer Betrachtung ab und wenden uns Auffassungen zu, die heute in der sozialdemokratischen Linken Österreichs tonangebend sind.

## Mit Otto Bauer gegen den dritten Weg

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß der einzige Versuch, mit den eurokommunistischen und linkssozialistischen Positionen der westeuropäischen Arbeiterbewegung intensiven und organisatorischen Kontakt zu bekommen, unter dem Banner einer theoretischen Rückwendung erfolgte.

Zudem war es eher die internationale als die österreichische Debatte, die in den beiden „Otto Bauer-Symposien“ gefördert wurde. (Sieht man von den Beiträgen Josef CAPS ab – mit seiner „Eurokommunismus“-Broschüre Rufer in der Wüste und heute noch vergebens bemüht, das in Buchform gebrachte Protokoll der 2. Otto-Bauer-Konferenz abzusetzen.)

Die rückgreifende Verankerung der SPÖ-Linken im Austromarxismus hat ambivalenten Charakter: Ausdruck eines theoretischen und praktischen Erneuerungsbedürfnisses, droht ihr andererseits die Erstarrung im affirmativen Konservatismus, der in dieser Gestalt der SPÖ-Führung nur recht sein kann. Die Publikationen um den 100. Otto Bauer-Geburtstag stehen leider im Zeichen dieser konservativen Ahnenforschung, die den einen wie den anderen auf spezifische Weise zupaß kommt.

HINDELS, auf dessen Rolle noch zurückzukommen ist, kann der Parteiführung in leckeren Glanzpapierbroschüren und Ansichtskarten einen ideologischen Heiligen aufpolieren, den diese nach den jüngsten Skandalen nötiger denn je hat – andererseits ist er in der Lage, seinen jungen Linken einen Zusatz-Klassiker

zu servieren, der sich in die traditionelle Ikonen-Reihe trefflich einfügt, wenn man ihn nur etwas zurechtstutzt:

„Bis zu seinem Tode Marxist“ (HINDELS), ist BAUER in Gefahr, zur Identifikationsfigur jener zu verkommen, die in jedem neuen Diskussionsanstoß etwa von eurokommunistischer Seite gefinkelte Anfeindungen der Bourgeoisie wittern.

Wie eklektisch dabei diese Variante der Renaissance zu Werke geht – sehr zum Unterschied ausländischer Arbeiten (ALBERS, LOMBARDO-RADICE, GARDONCINI, MARRAMAO) – läßt sich an der für unser Thema interessanten Sowjetunion-Analyse herausarbeiten. Unsere Darstellung wird den Schluß nahelegen, daß die aktuelle Stellungnahme sozialdemokratischer Jugendfunktionäre zur Friedensfrage nicht „Ausdruck eines ersten Diskussionsprozesses“ ist (Broschüre „Jugend für den Frieden“), sondern konsequente Verlängerung einer ganz bestimmten traditionsgebundenen Argumentationsweise, deren „Stärke“ in der Abkapselung von der westeuropäischen Diskussion liegt.

### Zur linkssozialdemokratischen Sowjetunion-Rezeption

Es wäre vermutlich von Interesse, an dieser Stelle – als Serie von Kontrapunkten zu unserem Thema – die Emanzipation der Eurokommunisten vom ehemaligen Leitbild Sowjetunion darzustellen. Eine direkte Gegenüberstellung erscheint doch problematisch: einmal aufgrund der anders gearteten politisch-kulturellen Zusammenhänge. Zum anderen müßten in diesem Falle



auch die Widersprüche und Vielfalt der Interpretationen im eurokommunistischen Feld zur Sprache kommen.

(Verwiesen sei nur auf die konsequente Kritik CARILLOS, die Einschätzung BAHROS („Die Alternative“) in Zusammenhang mit WITTVOGELS Thesen und verschiedene Versuche (BOFFA u.a.), die geschichtliche Entwicklung der Sowjetunion und der KPdSU aufzuarbeiten.)

Noch bei den Austromarxisten war jedenfalls jenes Diskussionsfeld vorhanden, das heute von ihren selbsternannten Nachfolgern oft willkürlich beschnitten wird.

So etwa HINDELS: „Otto Bauer hat sich trotz dieser Erscheinungen (gemeint ist der stalinistische Terror) nicht in die schlechte Gesellschaft des Antikommunismus begeben. Er hielt unbeirrt an der Erkenntnis fest: ‚In der Sowjetunion ist eine sozialistische Gesellschaftsordnung im Werden.‘“ 4)

Dabei war OTTO BAUERS Legitimierung der praktisch politischen Linie Stalins – er fand es beispielsweise „abscheulich, wenn sich das trotzkistische Blättchen erfrecte, vom Oberschmarotzer Stalin zu reden“ – innerhalb der austromarxistischen Schule durchaus umstritten. GARDONCINIS bemerkenswerten Aufsatz „Die Sowjetunion im Urteil der Austromarxisten“ 5) zitiert etwa Friedrich ADLER:

„Was in Rußland geschieht, ist etwas ganz anderes als das, was der Marxismus durch Jahrzehnte als Weg zum Sozialismus verkündet hat. Damit ist noch nicht gesagt, daß es gut oder schlecht, daß es möglich oder unmöglich, daß es richtig oder falsch sei. Aber aus dieser Tatsache, daß es etwas anderes ist, folgt, daß wir vor allem zu untersuchen haben, was das Stalinsche Experiment im Lichte des Marxismus tatsächlich bedeutet.“ 6)



Ermanuelli (PSF) – Albers (SPD) : Neues vom Ausland

Derartige kritische Auffassungen, die sich grundlegend von BAUERS fatalistischen Rechtfertigungsversuchen unterscheiden, kommen bei den derzeitigen Reanimationsversuchen am Austromarxismus zu kurz.

Oder befindet sich ein ADLER, um mit HINDELS zu gehen, „in der schlechten Gesellschaft des Antikommunismus“, wenn er auf Otto BAUERS ökonomistisches Herangehen folgendes replizierte: „Sozialismus ist nicht ohne Industrialisierung und ohne Planwirtschaft denkbar, aber deshalb beweist die Inangriffnahme der Industrialisierung und der Planwirtschaft noch nicht die Existenz des Sozialismus.“ (7)

Otto BAUER selbst muß bei aller Problematik seiner Interpretation vor seinen Adepten geschützt werden.

(HINDELS: „In historischer Sicht ... ist das ... sozialökonomische Fundament der Sowjetischen Gesellschaft, dessen sozialistischer Charakter für ihn feststand, wesentlicher als abstoßende Vorgänge im politischen Überbau.“ (8))

BAUER dagegen liefert sehr wohl eine treffende Kritik jener Entwicklung, die er 1936 als „Gefahr“ einschätzte; „die Gefahr der Stabilisierung der Herrschaft einer nicht der Entscheidungsgewalt der Volksmassen unterworfenen Bürokratie, die, eng mit den ‚vornehmen Leuten‘ aller Gesellschaftsschichten verbunden und auf sie gestützt, dauernd zur Herrin der Arbeiter- und Bauernmassen würde, ihre Produktion beherrscht und über ihren Arbeitsertrag verfügte.

Es wäre nicht eine sozialistische Herrschaft, sondern eine Art Technokratie, eine Herrschaft der Ingenieure, der Wirtschaftsführer und der staatlichen Bürokratie, die in diesem Falle aus dem großen revolutionären Prozeß hervorginge.“ (9)

Fest steht, daß Otto BAUER seine Zweifel an der von ihm für notwendig gehaltenen „Demokratisierung der Sowjetverfassung“ nicht weiterentwickelte, daß sein Modell der wachsenden Arbeitsproduktivität, der wachsenden Hektarerträge, die eine solche Demokratisierung ermöglichen sollten, wohl zu mechanisch ist. Auch die Verwirklichung seiner (gerade für den Fall eines Sieges über den Faschismus erwartete) Prophezeiung bleibt bislang aus; „daß die Sowjetunion binnen wenigen Jahren allen Völkern der Welt die ökonomische, soziale, kulturelle Überlegenheit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung durch die Tat beweisen wird.“ (10)

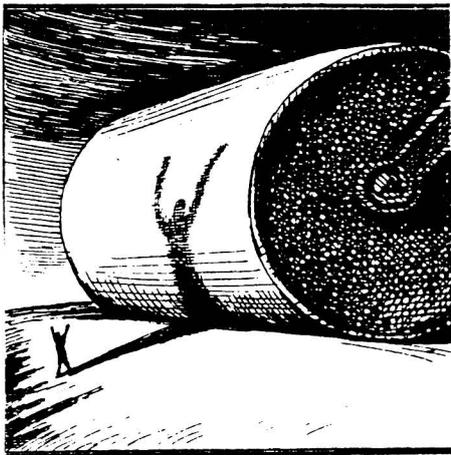
Es ist eine widersprüchliche Analyse, die Bauer zu einem Zeitpunkt trifft, in dem einerseits die allseitige Bedrohung durch den Faschismus die Sowjetunion in

einem rosigen Licht erstrahlen ließ, in der andererseits ein gründliches Bild über den stalinistischen Terror nicht möglich war und seine poststalinistische Variante noch nicht auf dem Tableau der Geschichte lag.

Die Feststellung eines HINDELS, Otto BAUER sei „zutiefst davon überzeugt gewesen, daß die Überwindung der Rückständigkeit, die Hebung des kulturellen Niveaus der Massen der SU ... die Voraussetzung für die Entfaltung einer sozialistischen ... Demokratie schaffen werde“ (11) trifft zumindest nur die halbe Wahrheit.

Die verzerrte Rezeption der Austromarxistischen Sowjetunion-Analyse ist auch dem Versuch geschuldet, subjektive Lebensstatsachen und politisch aktuelle Konzepte ideologisch zu beglaubigen.

Nicht zum erstenmal gerät so wissenschaftliches Grundlagenmaterial in die Rolle des Affirmators fürs aktuelle Bewußtsein und verkommt zum Transmissionsriemen, um ein bestimmtes politisch praktisches Handeln zu vermitteln und zu rechtfertigen.



### Antikommunismus – Konzeption einer Grundtorheit

Hier wird die Frage nach den Motiven evident, die politischen Bewertungen zugrunde liegen.

Um dies zu untersuchen, werfen wir einen Blick auf die HINDELS'sche Konzeption des „Antikommunismus“ – für ihn gleichbedeutend mit der Ablehnung des sowjetischen Modells – die uns von der 1. in die 2. Republik führt.

In einem vom VSStÖ editierten HINDELS-Referat „Die Linke in der SPÖ“ gerät dieser Antikommunismus zum Kontrahenten der SPÖ: er brachte „zunächst der ÖVP den größten Erfolg“; später wird er der ‚entscheidende Hemmschuh einer Entfaltung der linken Kräfte in der SPÖ‘.

Um diese Behauptungen zu würdigen, folgen wir HINDELS bei der Betrachtung seiner wesentlichen Ursachen: „1.) Tatsächlich vorgekommene Übergriffe der sowjetischen Armee ... maßlos aufgebauscht ... 2.) Nachwirkungen der intensiven Nazi-Propaganda ... 3.) Das Bestreben der rechten Sozialdemokraten und der Bürgerlichen ... alles, was links, revolutionär, antikapitalistisch ist, zu diskreditieren.“ (S. 12/1)

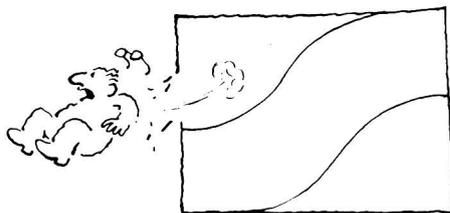
Was nun die Sowjetunion selbst anlangt, verweist HINDELS bescheiden auf Deformationen, „die 1956 auf dem 20. Parteitag von den sowjetischen Kommunisten selbst angeprangert wurden und die heute der Vergangenheit angehören“.

Die Verbürokratisierung der sowjetischen Gesellschaft, der stalinistische Terror, die Liquidierung der alten Kader, die Auslöschung der oppositionellen Gruppierungen in allen Ländern des sowjetischen Lagers – all dies verkommt bei HINDELS zur bloßen, durch verbale Erklärungen auslöschbaren Episode.

Nach all dem, was gewesen ist und heute noch stattfindet, beschwört HINDELS inbrünstig Otto BAUERS „kritisch-solidarische Haltung gegenüber der Sowjetunion“, eine kritische Solidarität, die gerade bei den HINDELS-Schülern unter den Jungsozialisten als fortwährende Legitimationskette Verwendung findet.

Das Schulungspapier der SJ zur Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigt sich zwar mit den Ereignissen der Jahre 1917 – 1918 in der Sowjetunion, übergeht dann jedoch die Herausbildung und Entfaltung des terroristischen Systems, um sich über die „massive anti-kommunistische Propaganda“ zu beklagen, „die es schließlich erreichte, daß die meisten Bewohner westlicher Staaten den Antikommunismus verinnerlicht haben und zu einer sachlichen Auseinandersetzung über dieses Thema nicht mehr in der Lage sind.“ (S 37)

Diese – beinahe faszinierend simple – Polarität – hie die „verschiedenen Formen des (!) Kommunismus“ (SJ-Schulungspapier) – dort der Antikommunismus, dem „die meisten Bewohner“ des Westens verfallen sind, hat Wurzeln.



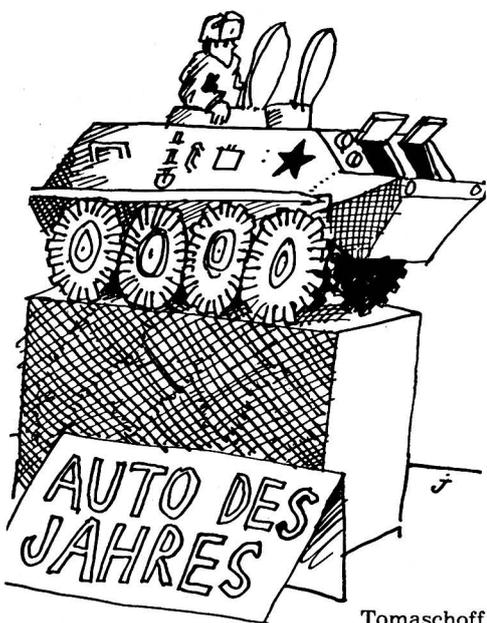
klaus pitter

Wenn der alte Revolutionäre Sozialist HINDELS seine Versuche, in der SPÖ nach 1945 fortschrittliche Politik zu machen, so kommentiert: „Jedes kritische Wort von links, auch in Fragen der Tagespolitik, führte zu gehässigen Reaktionen“; dann drückt er eine Lebenserfahrung aus, die den kleinen – und nach dem Ausscheiden der SCHARF-Gruppe zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpften linken Flügel in der SPÖ gezeichnet hat. Wem der Sturm des „realen“ Antikommunismus und der USA-Orientierung innerhalb der eigenen Abhängigkeiten ins Gesicht bläst, wer wie SPÖ-Linke durch Jahrzehnte hindurch die bittere Erfahrung machen mußte, daß es „niemals gelungen ist, auf die Praxis ihrer Partei Einfluß zu nehmen“ (HINDELS), wer ideologisch in der Defensive steht, der gerät nur allzu leicht in eine fortwährende Schreckstarre und damit in theoretische und praktische Unbeweglichkeit und Einseitigkeit.

Eine Einseitigkeit, mit deren spiegelbildlichem Gegensatz im Ostblock sich Martin POLLACK in seinem Beitrag „Wer mit den Rüstungswölfen heult“ auseinandergesetzt hat.

POLLACK führt jene verklärte Sicht vor Augen, die in den Reihen osteuropäischer Oppositioneller zu einer Rechtfertigung der westlichen Politik – gerade der Rüstungspolitik – verkommt (WTB 6/1981).

Zu welchen Einschätzungen der östlichen Rüstungspolitik die (an der in der SPÖ meisterhaft ausgebildeten repressiven Toleranz leidenden) linkssozialdemokratischen Genossen kommen, sei im nächsten Abschnitt skizziert.



Tomaschoff



### Wer mit den Rüstungswölfen heult . . . .

Analog dem hauptsächlich in der Bundeshauptstadt vorangetriebenem Versuch, ein „linkes Zentrum“ in der SPÖ aufzubauen, dokumentiert sich in der Friedensfrage ein harmonischer Gleichklang zwischen den Jugendabteilungen der SPÖ, dem VSStÖ und dem TRIBÜNE-Kreis (es handelt sich um die von der jeweiligen Mehrheit getragenen Positionen). Ein Gleichklang, der freilich zum schrillen Mißklang wird, wenn man ihn mit der Melodie der westeuropäischen Friedensbewegung, mit den Aussagen der größten Arbeiterparteien mißt, die von der „analogen Verantwortung der Sowjetunion und der USA“ (Unita) für die Rüstungsabenteuer ausgehen.

Schon besser paßt sich dagegen diese linkssozialistische Position in die aus den Fünfziger Jahren überkommene Strategie des Weltfriedensrates ein, was seinen durchaus praktischen Niederschlag im politischen Vorgehen findet – frei nach dem Motto „Mit den Kommunisten gegen die Pazifisten“.

In der simplen Logik dieser linkssozialdemokratischen Friedensfreunde steht nämlich fest, „daß die täglich wachsende Kriegsgefahr nicht von der UdSSR verursacht wird.“ (VSStÖ-Stellungnahme, RP 7/8-81) und daß „Leonid Bre-

schnew wirklich um den Weltfrieden zittere“ (HINDELS, Tribüne 45-46/81).

### Ökonomisches . . . . .

Hindels, der bei allen Gelegenheiten zu verstehen gibt, man müsse „bei Anwendung einer marxistischen Methode vor allem den ökonomischen Aspekt beachten“, führt diesen Ökonomismus noch als Beweis im Feld – so „wird die sowjetische Volkswirtschaft durch das Mitziehen bei dieser Rüstungsspirale unendlich belastet“.

Eine von der Wiener SJ verantwortete Broschüre gibt zu bedenken: „Der Zwang zur Verteidigung gegen imperialistische Gelüste nachzurüsten, verhindert oder erschwert die wirtschaftliche Entwicklung der sozialistischen Länder“ („Jugend für den Frieden“, S. 10) . . . somit „zu behaupten, die UdSSR könnte daran ein ökonomisches Interesse haben, entbehrt wohl jeder Grundlage“ (VSStÖ-Stellungnahme).

Dabei ist eine derartige Behauptung so abwegig nicht – wie etwa STRASSER/TRAUBE darlegen, bedarf auch der „realsozialistische“ Industrialismus ebenso wie der privatkapitalistische Unmen- gen von Rohstoff-Ressourcen, deren notwendiger Erhalt militärische Pressionen fördert.

Der Spruch „Es zahlt sich aus aufzurüsten – für die Konzerne“ gilt eben nicht nur für diese.

## Militärisches . . . . .

„Es mag manchem befremdlich klingen, daß bis jetzt fast ausschließlich von der atomaren Bewaffnung der USA und den selbstzerstörerischen Interessen der NATO gesprochen wurde und nicht von den Sowjets“ baut P. WEINBERGER von der „Tribüne“ Einwänden vor.

„Allerdings sollte man versuchen, Dinge objektiv zu sehen“. Eine derart „objektive“ Sicht wird dann in der Erklärung gipfeln, „daß eine neue Runde des Wett-rüstens immer mit der Einführung eines neuen Waffensystems durch die USA begonnen wurde“ (VSStÖ).

„Gerüstet wird auf beiden Seiten, aber der Imperialismus bestimmt das Tempo.“ (SJ-Broschüre). „Der Unterschied ist doch der, daß die Amerikaner neue Atomraketen . . . stationieren wollen, während die Sowjets auf Verhandlungen drängen“ (HINDELS, Tribüne).

So idyllisch sieht etwa die SIPRI (Stockholm Internationale Peace Research Institute) sowjetische Praktiken nicht: über SS 20 stellt das Institut fest:

„Wegen ihrer Treffgenauigkeit und ihrer relativen Unverwundbarkeit ist die SS – 20 nicht ein Instrument der Abschreckung, sondern der nuklearen Kriegsführung. Wenn einmal eine mehrere hundert SS 20 starke Streitmacht zur Verfügung stände, so könnten sich sowjetische

militärische Führer davon überzeugen, daß ein Kernwaffenkrieg in Europa wirklich ‚zu führen und zu gewinnen ist‘.“ 12)

Davon abgesehen, könnten sich diejenigen, die Mitleid mit den „Versuchswerekeleien der Sowjets“ (SJ-Broschüre) an den Tag legen, bei ihrem Genossen Major SCHNEIDER Informationen einholen, daß es „derzeit nicht möglich ist, die Kampfkraft von Streitkräften – auch unter Verwendung neuester operationsanalytischer Verfahren – zu quantifizieren und so vergleichbar zu machen. Wir wissen nur, daß ein Komplex von Bedingungen – wie Zahl und Zusammensetzung der Kriegsmittel, Stand der Rüstungstechnologie, Kampfgeist und Ausbildung des Personals: planerische, organisatorische und logistische Fähigkeiten; die geostrategische Situation und aus ihr resultierende Raum-Zeit-Bedingungen – im Kampfkraft resultiert.“ 13)

## Und politisches . . . . .

Wer einmal vom Zittern des UdSSR-Chefs absieht und den „Standpunkt bürokratischer Machterhaltung“ einnimmt – für den „birgt eine im Vergleich zur Konsumgüterproduktion unproportionale Entwicklung der Rüstungsindustrie immense Gefahren, führt . . . zu einer Instabilisierung politischer Machtverhältnisse“ (SJ-BROSCHÜRE).

Und dieser Schluß, den wir in schon bei der BAUERschen Sowjetunion-Analyse kennenlernten, kann durchaus zu der Folgerung führen, „daß die täglich wachsende Kriegsgefahr nicht von der UdSSR verursacht wird (VSStÖ-Erklärung). Wie die Liebe im Sprichwort, so geht in dieser Version „marxistischen Denkens“ auch die Politik durch den Magen. Gut: keine Kriegsgefahr!

Und was ist mit der CSSR 1968, mit Afghanistan und Kampuchea, mit dem Horn von Afrika?

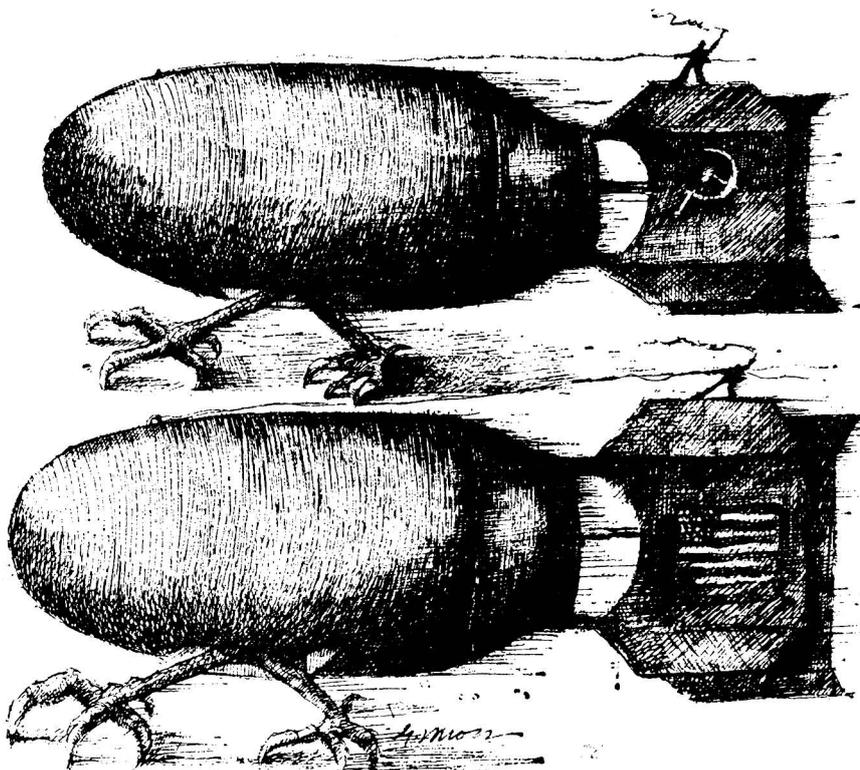
Auf diese Frage liefern uns die Jungsozialisten einen letzten, bemerkenswerten Ausfluß ihres „kritisch-solidarischen“ Verhältnis zur SU: Die gemeinsame Broschüre legt kritisch klar, „daß das Militär in den RGW-Staaten auch die Funktion der Disziplinierung der eigenen Bevölkerung hat, was an den Beispielen Ungarn 1956, CSSR 1968 und Afghanistan 1979 augenscheinlich wurde“.

Freilich – solcherart zu Eintopf verkocht, dürfen sich die erwähnten Staaten und Völker nicht über Aggression und Verletzung ihrer nationalen Souveränität beschweren. Die jungen Sozialisten liefern so eine wahrhaft schändliche Neuauflage des sowjetischen „Proletarischen Internationalismus“:

Nach derselben Tour – „Disziplinierung der eigenen Bevölkerung“ ziehen die USA – getreu der pervertierten Monroe-Doktrin „Amerika den Amerikanern“ eine Blutspur durch Lateinamerika!

Hier brechen wir die Untersuchung der vorliegenden Erklärungen ab. Eines sei abschließend festgestellt: wer sich in die Logik eines der bis auf die Zähne bewaffneten Militärblöcke einordnet, wer mit den Rüstungswölfen heult – gleichgültig ob östlicher oder westlicher Herkunft, macht seinen Einsatz für den Frieden selbst ungläubwürdig.

Reinhard Farkas



## Anmerkungen

- 1) SJ-Funktionäre Information 4/81, S. 3.
- 2) WTB 6/80, S. 6
- 3) Claudin, Fernando: Zukunft des Eurokommunismus, Berlin 1978, S. 132
- 4) Bauer, Otto: Zwischen zwei Weltkriegen? Ausgewählt und eingeleitet von Josef Hindels, VSStÖ Edition 1979, 3+4, S. 7
- 5) Gardoncini, G.B.: Die Sowjetunion im Urteil der Austromarxisten, in: Otto Bauer und der ‚dritte Weg‘, Frankfurt/New York 1979
- 6) ebenda, S. 109
- 7) ebenda, S. 110
- 8) Bauer, Otto, a.a.O., S. 7
- 9) ebenda, S. 21
- 10) ebenda, S. 23
- 11) ebenda, S. 7
- 12) Interfaet 176/7, S. 13
- 13) Schneider, Wolfgang: Abrüstung durch Umrüstung, in: Zukunft 9/81, S. 7

# Umrüstung statt Aufrüstung

Der weltweite Rüstungsboom hat auch in der heimischen Wirtschaft Spuren hinterlassen. Die österreichische Rüstungsindustrie verzeichnet eine Produktionssteigerung wie nie zuvor. Zugleich werden Stimmen lauter, die für eine Aufrüstung des Bundesheeres eintreten. Beides sorgte in den letzten Monaten in der österreichischen Innenpolitik für Konfliktstoff. Für „Offensiv Links“ sprach mit Prof. Kurt Rothschild, Professor an der Wirtschaftsuniversität Linz, Christof Reinprecht über diese Thematik. Wir bringen das Gespräch zusammengefaßt.

Das militärische Programm der Reagan-Administration ist ein politischer Versuch, die triste Wirtschaftslage zu verbessern. Diese Entscheidung bewirkt eine Erhöhung des Waffenarsenals, der technologischen Qualität und somit auch des Risikos. Insofern ist die Gefahr für den Ausbruch eines neuen Weltkrieges gestiegen, auch wenn keine der beiden Großmächte unmittelbar einen Krieg plant.

## Abrüsten durch Umrüsten

Selbst unter der zynischen Annahme, daß das Wettrüsten den Frieden sichert, könnte bis zum Stand der beginnenden 70er Jahre abgerüstet werden. Für den atomaren Totschlag gäbe es noch immer genug Material.

Ein effektives Abrüsten, das sofort erfolgen könnte, wäre von einer politischen Entscheidung abhängig. Langfristig wären nicht nur die Atomwaffen zu vernichten sondern vor allem die Rüstungsproduktion abzubauen und in eine Produktion ziviler Güter umzustellen. Viele Studien, wie auch die der Vereinten Nationen, belegen dies auch für jene Staaten, die einen hochentwickelten militärisch-industriellen Komplex ausgebildet haben. Diese Staaten stünden dann vor einer ähnlichen Situation wie ganz Europa nach dem 2. Weltkrieg.

Im Rahmen eines großen Programmes wäre eine solche Umrüstung ohne ökonomische Erschütterung bewältigbar. Begleitende Maßnahmen müßten die auftauchenden Probleme lösen. Dazu gehören die Notwendigkeit der Umschulung und der damit verbundenen psychischen und physischen Belastung der Beschäftigten. Die direkte Beteiligung der Betroffenen an diesem Prozeß, sowie eine aktive Rolle der Gewerkschaften wären Voraussetzungen. Beidem kommt

in der Diskussion große Bedeutung zu. Ebenso tritt als Problem das Ausschütten neuer Produkte am ohnehin schon gesättigten Markt auf. Marktübersättigung entsteht aber zu einem großen Teil dadurch, daß nicht nach Bedarf produziert wird. Mit diesem fundamentalen Problem sehen wir uns auch hier konfrontiert. Es gibt aber noch genügend Bedarf nach „alten“ Produkten, die eben noch nicht im Besitz vieler Menschen sind, aber auch nach „neuen“, die öffentliche Interessen entsprechen. Für die Entwicklungshilfe könnte ebenso ein Teil der Produktion bestimmt sein.

## Rüstung kostet viel

Rüstungsproduktion ist energie-, rohstoff- und kapitalintensiv. Die Arbeitsplätze, die sie schafft, sind teuer und im Verhältnis zum investierten Kapital nicht zahlreich. Bei einem gleichen Investitionsaufwand werden im zivilen Bereich weitaus mehr Arbeitsplätze, langfristig auch sichere, geschaffen. Energie und Ressourcen können außerdem im zivilen Bereich bedachter eingesetzt werden, was in der ökologischen Debatte kein unwesentliches Element ist.



## Österreich könnte Vorbild sein

Österreich hat lange Zeit – gemeinsam mit Japan und der BRD – bewiesen, daß es ohne Rüstung ökonomisch viel besser leben kann. Der weltweite Aufschwung der Rüstungsproduktion brachte Österreich in Zugzwang. Ein militärisch-industrieller Komplex ist im Entstehen. Von einem niedrigen Produktionsniveau aus erleben wir einen gewaltigen Aufschwung.

Noch ist aber die Größenordnung der österreichischen Rüstungsproduktion so, daß ein sofortiger Umrüstungsprozeß machbar und wirtschaftlich auch verkraftbar wäre.

Österreich könnte als kleines, neutrales und international geachtetes Land diesen Weg einschlagen. Es hätte eine Vorbildfunktion.

Wie es sich bei der Diskussion um die Panzerexporte nach Argentinien gezeigt hat, haben die Arbeiter Angst vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze. Diese Angst ist zu akzeptieren. Auch die unangenehmen Seiten einer Umrüstung können nicht verschwiegen werden. Es ist also notwendig, vor allem die Gewerkschaft und auch die öffentliche Meinung dahin zu bewegen, den Gedanken der Umrüstung positiv zu sehen. Somit muß die Entscheidung Österreichs, den Weg der Rüstungskonversion zu gehen, politisch argumentiert werden.

Dies steht im Zusammenhang mit der Frage, da es ja ein österreichisches Bundesheer gibt, das auch Waffen benützt,

ob Österreich nicht die Waffen selbst produzieren soll. Prinzipiell gäbe es dagegen nichts einzuwenden, solange wir ohne Export auskommen. Dies erscheint allerdings unrealistisch. Eine Gemeinschaftsproduktion mit anderen kleinen, neutralen Staaten wäre ebenso eine Alternative, wie die Produktion von militärischem Material, das uns zu keinem Export zwingt. Eine Ausweitung des militärisch-industriellen Komplexes würde jedoch langfristig innen- wie außenpolitische Schwierigkeiten schaffen.

## Für eine alternative Landesverteidigung

Die Diskussion über den Begriff „bewaffnete Neutralität“, und über die Rolle der Landesverteidigung steht im Zusammenhang mit den Entscheidungen der Bundesregierung, die Rüstungsproduktion zu intensivieren. Österreich ist von einem lokalen Krieg nicht bedroht. Das Gebiet könnte kurzfristig bei größeren Auseinandersetzungen betroffen sein. Für eine neutrale, defensive Landesverteidigung ergibt sich für Österreich vor allem die Notwendigkeit, es den potentiellen Aggressoren so uninteressant wie möglich zu machen, Österreich zu besetzen oder einzumarschieren. Für den Einmarsch oder eine Besetzung uninteressant ist ein Land wie Österreich aber nicht dann, wenn es einzig und allein durch ein Bundesheer, dessen Kapazität von vornherein beschränkt ist, den Willen zu Verteidigung

anzeigen kann. Die vom politischen Bewußtsein der Bevölkerung getragene überzeugende Neutralitätspolitik ist ebenso Grundlage einer alternativen Landesverteidigung, wie jede Art ziviler und sozialer Verteidigung. Sabotage, Ungehorsam, passive Resistenz etc. können nur von einer Bevölkerung getragen werden, deren politisches Bewußtsein hoch ist.

Dem österreichischen Bundesheer käme dann die Aufgabe zu, einen mit Defensivwaffen ausgerüsteten Grenzschutz zu bilden.

Der Begriff „bewaffnete Neutralität“, der ja den Willen zur Verteidigung auch neutralen Territoriums signalisiert, gewänne so eine neue Bedeutung.

## Zur Friedensbewegung

Die Friedensbewegung ist in Österreich schwächer als in anderen Ländern. Dies liegt zu einem Teil auch daran, da es – scheinbar – geringe Probleme gibt. Die Friedensbewegung könnte aber einen Vorbildcharakter haben, wenn sie die Konzepte der Rüstungskonversion, wie auch der alternativen Landesverteidigung, aufnimmt. Die Mobilisierung der Öffentlichkeit hat unter diesem Aspekt gute Chancen. Es scheint wichtig zu sein, zukünftig auf die Mobilisierung hinzuwirken und die verschiedenen Strömungen innerhalb der Friedensbewegung zusammenzuführen. Darin bestünde die große Chance und die Hoffnung, daß sie eine soziale Basis entwickelt.

Mag sein, daß da ein Unterschied ist zwischen den Arbeitern, die Waffen herstellen und den Leuten, die in der Werkskantine einer (Waffen)Fabrik arbeiten, aber sicher ist dieser Unterschied viel viel kleiner, als der Unterschied beider zu den Herren, die da bestimmen . . . . .

1. Und weil der Mensch kein Mensch noch ist  
drum muß er Waffenschmieden  
weil er braucht doch Lohn dafür  
den Bauch sattzukriegen.

2. Arbeitsplätze heißt der Kampf  
die Krise zeigt die Zähne  
und der ÖGB macht Dampf  
„Wo gehobelt wird, da fliegen Späne.  
Da stimmt .....

Da stimmt doch etwas nicht an diesem Scheißsystem  
wenn wir töten helfen müssen, um davon zu leben! (zwei mal)

3. Die ach so freie Marktwirtschaft  
die macht sich von uns frei  
du verkaufst nicht nur die Arbeitskraft  
du verkaufst dich selbst dabei.

Da stimmt . . . . .

4. Die eine Frage drängt sich auf:  
Wieso gibt's da ein Problem  
wenn sich die Räder der Kanonenfabrik  
nicht mehr länger drehn:

„Wird uns sauer dann der Wein?  
oder stürzen uns die Häuser ein?  
oder wird auf einmal weniger produziert?  
warum ist es so wichtig, daß da wer kriecht:

Da stimmt doch . . . . .

Da stimmt doch . . . . .

Kurti WINTERSTEIN

---

# Was ist zivile und soziale Verteidigung?

## SOZIALE VERTEIDIGUNG – EINE HERAUSFORDERUNG FÜR ANTIMILITARISTEN

Für viele ist die Soziale Verteidigung ein undurchsichtiges Vokabel aus dem Soziologenchinesisch. Man kommt auf sie meist nie direkt zu sprechen, sondern sie wird zumeist erst dann in die Diskussion geworfen, wenn der Gesprächspartner das Militär zum Garanten von Frieden, Freiheit und Sicherheit erklärt und jede Alternative bestreitet. Und deshalb hat sich in vielen Köpfen der Irrtum eingeschlichen, daß die Soziale Verteidigung eigentlich nur eine Zugabe zur militärischen Landesverteidigung sei. Viele Zivildienstler haben sich auch schon vor der „Gewissenskommission“ auf die Soziale Verteidigung berufen und wollten damit eigentlich nur sagen, daß man sich besser gewaltfrei verteidigt. Meistens kommt dann die Rede rasch auf sogenannte Beispiele, die Diskussion fährt sich fest an M. Gandhi oder am Ende des Prager Frühlings.

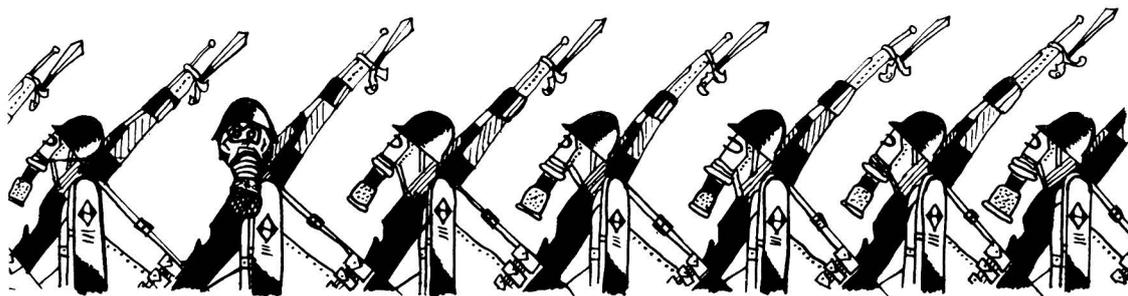
Dieses oberflächliche Wissen spiegelt die ersten Ansätze der Sozialen Verteidi-

gung wider. Tatsächlich hat der norwegische Friedensforscher Johan Galtung vor mehr als 30 Jahren den Gedanken der Übertragbarkeit Gandhischer Kampftechnik auf aktuelle zwischenstaatliche und innergesellschaftliche Konflikte populär gemacht. Ihm ist dabei aufgefallen, daß man über der Frage nach der Art der Verteidigung nur allzu leicht vergaß, was denn überhaupt zu verteidigen sei. Er lehnte entschieden die billigen Erklärungsmuster, wonach selbstverständlich Heimat und Vaterland zu verteidigen seien, ab. Er hob den Gegensatz zwischen territorialer und sozialer Verteidigung hervor: „Territoriale Verteidigung bedeutet, daß Gebiete verteidigt werden, sozusagen Quadratmeter; soziale Verteidigung ist die Verteidigung dessen, was man als Lebensweise bezeichnen könnte.“

Schon Galtung verwehrt sich entschiedenst dagegen, unter Sozialer Verteidigung nur Gewaltlosigkeit zu verstehen. Deshalb konfrontierte er die militärische Territorialverteidigung mit den Erfolgen der Guerillakampfführung, und er nannte die Beispiele, wo es gelungen ist, die Besatzer zum Rückzug zu veran-

lassen, obwohl diese militärisch-technisch zweifellos überlegen waren. Wichtig aber ist vor allem Galtungs Hinweis, daß es bei der territorialen Verteidigung nur ein gewaltsames Austragen des Konfliktes gibt; die Soziale Verteidigung hingegen bietet die Wahlmöglichkeit zwischen gewaltsamer und gewaltloser Verteidigung. Und dieser Gedanke der Gewaltlosigkeit nimmt in der Theorie der Sozialen Verteidigung eine immer beherrschendere Stellung ein, am schon genannten Beispiel „CSSR '68“ entwickelten sich die Gedanken vom passiven Widerstand, von der Nichtzusammenarbeit mit Besatzern oder mit staatlichen Institutionen. Und immer heftiger war dann in den Diskussionen umstritten, ob die Soziale Verteidigung ein eigenes Konzept sei oder nur Ersatz oder Ausweichmöglichkeit für militärisches Handeln.

Und dennoch muß hier ganz deutlich zum Ausdruck kommen, daß Soziale Verteidigung noch niemals stattgefunden hat, daß alle sogenannten Beispiele nur mehr oder minder wichtige Versatzstücke einer Sozialen Verteidigung vor-



weggenommen oder „geprobt“ haben. Das hier ist keine Distanzierung von der Sozialen Verteidigung, weil sie noch nicht zum Erfolg geführt hat, denn genauso hat das Militär noch aus keiner verlorenen Schlacht die Konsequenz gezogen, das Kriegshandwerk nun an den Nagel zu hängen. Denn tatsächlich geht es im Konzept der Sozialen Verteidigung um mehr, das wir dann begreifen, wenn wir ihre Herkunft zurückverfolgen. Der Schritt vom Militarismus zur Sozialen Verteidigung ist vergleichbar mit dem Schritt einer organisierten Arbeiterschaft von der Maschinenstürmerei zum Streik. Die Soziale Verteidigung hat sich die Erkenntnis angeeignet, daß der Gegner machtlos ist, wenn ihm Zusammenarbeit und Gehorsam entzogen werden. Der Streik bedeutet einen Entzug der Arbeitskraft; werden Arbeitskraft und Gehorsam in Frage gestellt, so bedeutet das einen Angriff auf das bestehende Regime. Die alles entscheidende Frage ist die, inwieweit Mittel des Widerstandes die eigene Position festigen und das bekämpfte System schwächen können. Jedenfalls ist die Soziale Verteidigung auch in anderer Weise überlegen, denn sie ist nicht Ausdruck des politischen Willens einer unbedeutenden Minderheit, sondern sie kann nur in der Übereinstimmung einer überzeugend großen Mehrheit der Bevölkerung funktionieren.

Gleichzeitig erhebt sich da im Hinblick auf Polen auch die Frage, ob der Widerstand gegen ein Regime sich nicht an einem bestimmten Punkt selbst aufhebt und sich gegen die Widerstand Leistenden selber richtet. Die Soziale Verteidigung darf eben nicht soziale, politische oder wirtschaftliche Errungenschaften prinzipiell in Frage stellen, sie darf nicht

den Ast absägen, auf dem sie selber sitzt. Sie wird im Gegenteil ständig versuchen, die eigene Position zu verbessern und Unsicherheit ins gegnerische Lager hineinzutragen. Dadurch wird sie im Prozeß der Sozialen Verteidigung selber immer unabhängiger von führenden Schichten oder Cliques und ist auch dann nicht am Ende, wenn eine Minderheit den Widerstand aufgeben will.

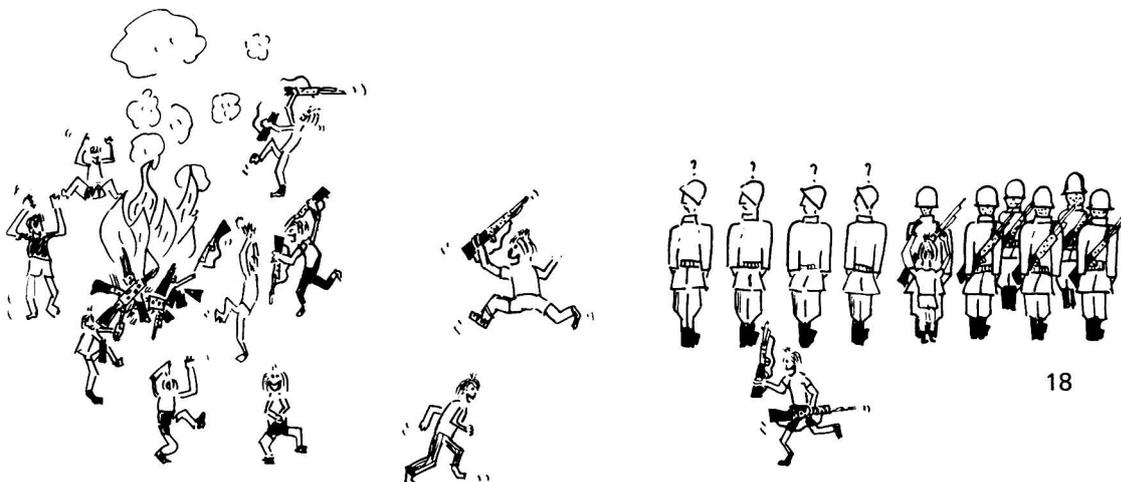
Diese Unabhängigkeit von Minderheiten und Sonderinteressen ist besonders wichtig, sie konstituiert erst den Gegensatz zu den derzeit üblichen Herrschaftssystemen. Bahro hat in dieser Richtung eine Vision des Exterminismus als höchstes Stadium der Zivilisation weiterentwickelt. Erst der konviviale Charakter vieler, ja unzähliger Minderheiten sollte das Zusammenleben bestimmen. Und all die verschiedenen Ansätze einer Alternativbewegung sollen sich vereinigen, sich ergänzen und ausweiten. Das Zusammenwachsen der Friedens- und der Ökologiebewegung waren durchaus keine Zufälle, so wie andererseits die Sozialpartnerschaft auch nicht als Zufall abgetan werden kann.

Die Soziale Verteidigung konstituiert ein neues Gesellschaftssystem, in dem die alten Herrschaftsstrukturen überflüssig geworden sind. Aber die neue, auf Gewaltlosigkeit gegründete Gesellschaft kommt nicht vom Herbeiwünschen. Sie kann nur das Ergebnis einer langen Reihe von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kämpfen sein, sie ist das Ergebnis einer revolutionären Umgestaltung. Und gerade in der Bedrängnis versucht der Gegner sich möglichst viel anzueignen, möglichst viel Gehorsam zu erzwingen und auch ideologisch die Menschen in Ketten zu legen. So ein

Versuch ist die Österreichische Landesverteidigungsdoktrin, das ist die Bedeutung der Umfassenden Landesverteidigung. Die Soziale Verteidigung ist daher notwendigerweise der entschiedenste Gegner aller Gewalt- und Unterdrückungsmechanismen in der bestehenden Gesellschaft, die kämpft für ihre unwiderrufliche Beseitigung. Es kann zwischen Anhängern der Sozialen Verteidigung und dem Militär niemals Übereinstimmung geben, es handelt sich hier um unversöhnliche Gegensätze.

Heute müssen wir auch eine weitere Vorstellung aus der Frühzeit der Friedensforschung aufgeben, nämlich die, daß sich eine eingessessene Macht gegen einen Angriff von außen zu verteidigen hat und die „rechtmäßige“ Regierung an der Spitze des Widerstandes steht. Es ist doch keineswegs ausgemacht, daß eine Regierung immer an der Seite des Volkes im Widerstand steht. Aber im bestehenden System hat eine Regierung immer auch ein Gewaltpotential zur Verfügung, das möglicherweise auch gegen den Volkswiderstand eingesetzt werden kann. Auch dazu gibt es aus der Anti-AKW-Bewegung unzählige Beispiele, wo die eigene Staatsmacht der eigentliche Gegner ist, zumindest aber der unmittelbarste. Ihm stehen Demonstranten direkt gegenüber, von dort geht die Gewalt aus. Und weil wir erkennen müssen, daß sich alle exterminierten Gruppen einmal mit der Gewalt konfrontiert sehen werden, ist es nur logisch, wenn die Soziale Verteidigung einen Angriff auf die Zentren der ausübenden Gewalt und Unterdrückung aufnimmt, mit dem Ziel, eine gewaltlose und herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten.

F.I. Rossi



---

# Frieden, Gerechtigkeit, Befreiung

Es ist schwierig für mich über Frieden zu schreiben. Das fängt schon bei dem Wort „Frieden“ an.

Wahrscheinlich, nein, ganz sicher meine ich etwas ganz anderes, wenn ich „Frieden“ sage, als wenn die, die uns beherrschen, von Frieden reden. Es müßte zwei Worte dafür geben. Eins für die oben und eins für die unten!

Aber bleiben wir einmal bei „ihrem“ Frieden.

Fast täglich können wir hören und lesen, wie einmalig, wie tüchtig, wie vertrauenswürdig die Herrschenden dieser Erde sind. Daß „sie“ es geschafft haben mit dem sogenannten „Gleichgewicht des Schreckens“, den dritten Weltkrieg sechsendreißig Jahre vor sich herzuschieben. Und, wenn wir schön brav sind, schön zahlen, kuschen und arbeiten und „sie“ in Ruhe lassen, sie vielleicht doch im Stande sein könnten, diesen Frieden noch etwas länger zu erhalten!

Wer weiß, vielleicht erwarten sie sich ein Dankgebet von uns?! *Große Politik und Finanzgötter!*

Es ist Abend. Ich bin müde. So müde, verletzt, geschunden, blau von harten Ellenbogen. Voll Wunden, die keiner sieht. Der Tag war kalt, grau, hart und böse. Der Tag war voll Haß, Ausbeutung und Zorn und ich möchte mich verkriechen, allein, wie alle Tage.

Aber ich muß euch noch danken, ich funktioniere noch, bin noch nicht von Bomben zerfetzt, noch nicht im atomaren Feuer verkohlt und noch *nicht ganz* verseucht.

Noch sind es die anderen, die von Kugeln zerrissen, von Panzern überrollt und zu Tode gemartert werden, noch verhungern die Kinder anderer und ich bin noch da und werde vielleicht, wenn es euch gefällt, auch morgen noch da sein.

Ja und danke dem Klerus, Mörder und Waffen sind gesegnet!

Danke für euren Frieden. Euer Friede? Danke nein!

Nun, da das Abendgebet gesprochen ist, zurück zu ihrem „Frieden“. Erstens stimmt es nicht, das Märchen vom Frieden, das gilt höchstens für Europa und auch da nur für „ihren“ Begriff von Frieden.

Zu sagen, es ist ihr Verdienst, daß noch kein Weltkrieg „ausgebrochen“ ist. Welcher Hohn, welch grausame Ironie, welche Umdrehung der Tatsachen. Als wäre Krieg etwas, was von selbst kommt, ein Naturereignis, ein Schicksal, auf das wir keinen Einfluß haben. Die Wirklichkeit ist anders.

Machtgier, Geldgier, Dummheit und Größenwahn treiben uns in die Kriege. Es ist nicht „ihr“ Verdienst, das uns diesen Frieden, für den wir teuer bezahlen müssen, beschert, es ist ihre SCHULD, die das sogenannte Gleichgewicht des Schreckens, diesen Wahnsinn, zur Folge hat.

Sie teilen sich unsere Welt in BLÖCKE, EINFLUSSPHÄREN, und INTERESSENSGEBIETE. Aber es ist eindeutig, was für „sie“ interessant ist, die Gebiete, nicht die Menschen, wir.

Sie zwingen die Menschen mit einem gut und lange vorbereiteten Unterdrückungssystem, das als solches oft nur schwer erkennbar ist, ihre INTERESSENSGEBIETE zu „verteidigen“, egal wie viele dabei draufgehen. Das hat noch nie gezählt.

Nicht die Menschen, nicht ihre Interessen, ihr Leben, werden verteidigt, sondern die Interessen – Gebiete – Profite der Herrschenden.

Was ich damit meine, könnte ich am besten darstellen, wenn ich einmal Politiker spiele und so wie sie „den Krieg im Sandkasten“ plane. Ein, wie wir wissen, bei Politikern und Militärs sehr beliebtes Spiel. Nehmen wir also einmal an, die Truppen des Warschauer Paktes würden wirklich in Westeuropa

einmarschieren. Ein durch nichts, aber auch schon gar nichts begründetes Märchen, mit dem man erfolgreich seit Jahrzehnten manipuliert, nun dann würde uns die NATO verteidigen. Klingt gut, wir werden verteidigt, nicht wahr? Wirklich uns? Nein, das Gebiet, ihr Interessensgebiet. Und was bedeutet das für uns? Bedeutet das nicht eigentlich, daß NATO und Warschauer Pakt ihre Machtkämpfe bei uns austragen, und egal wer Sieger zu werden glaubt, wir werden dabei draufgehen!

Aber was, bitte, hat man von einem total zerstörten „Interessensgebiet“? Nicht viel! Folglich hat man viel Geld und viel Geist investiert und herausgekommen ist dabei „die Lösung“! Die Neutronenbombe, die saubere Waffe! Sehr sauber! Leichen wegräumen, Staubwischen und in Besitz nehmen. Jedenfalls denken sich das die „Sandkastenspieler“ so. Tatsächlich, endlich wird ein Atomkrieg, meinen sie, führbar, ohne die erhaltenswerten und brauchbaren Güter zu zerstören. Wir gehören natürlich nicht dazu. Für uns hat man nicht einmal einen schnellen Tod.

Aber wir sagen immer noch: Es ist uns noch nie so gut gegangen. Sicher. Wir haben jede Menge Auswahl und Überfluß, Atombomben, in jeder gewünschten Größe, und reichlich und nicht nur das, auch Neutronenbomben, konventionelle Waffen, Chemische Waffen, Biologische Waffen, Laserwaffen und wahrscheinlich noch einige, von denen wir gar nichts wissen. Wir leben auch da im Überfluß.

Im Überfluß lebt auch die Dritte Welt. Waffen, Militär, Gewalt, Terror, Hunger, Krieg, Elend, Tod, alles im Überfluß.

Die kostbarsten Dinge dieser Erde, die bereits knapp gewordenen Ressourcen, die besten geistigen Fähigkeiten, alles, alles was unserem Wohle, was unserem Leben dienen sollte, wird für die Vorbereitung unserer Vernichtung verbraucht.

Sie sprechen von Frieden und planen  
den Krieg!  
Und sie werden uns wieder mißbrauchen  
für Ihre Interessen!  
Und wieder werden alle gehen, wenn sie  
befehlen, geh und töte!  
Und wieder werden die Waffen in die  
falsche Richtung zielen!  
Der Feind ist hinter dir, der der sagt,  
geh und töte  
das ist dein Feind!

#### WAS IST DANN FRIEDEN?

Wenn keiner mehr hungert,  
Wenn ich esse  
Wenn keiner mehr durstet  
Wenn ich trinke  
Wenn keiner mehr weint  
Wenn ich lache  
Wenn die Herrscher  
Beherrscht  
Die Mächtigen  
Entmachtet  
Dann ist Frieden!

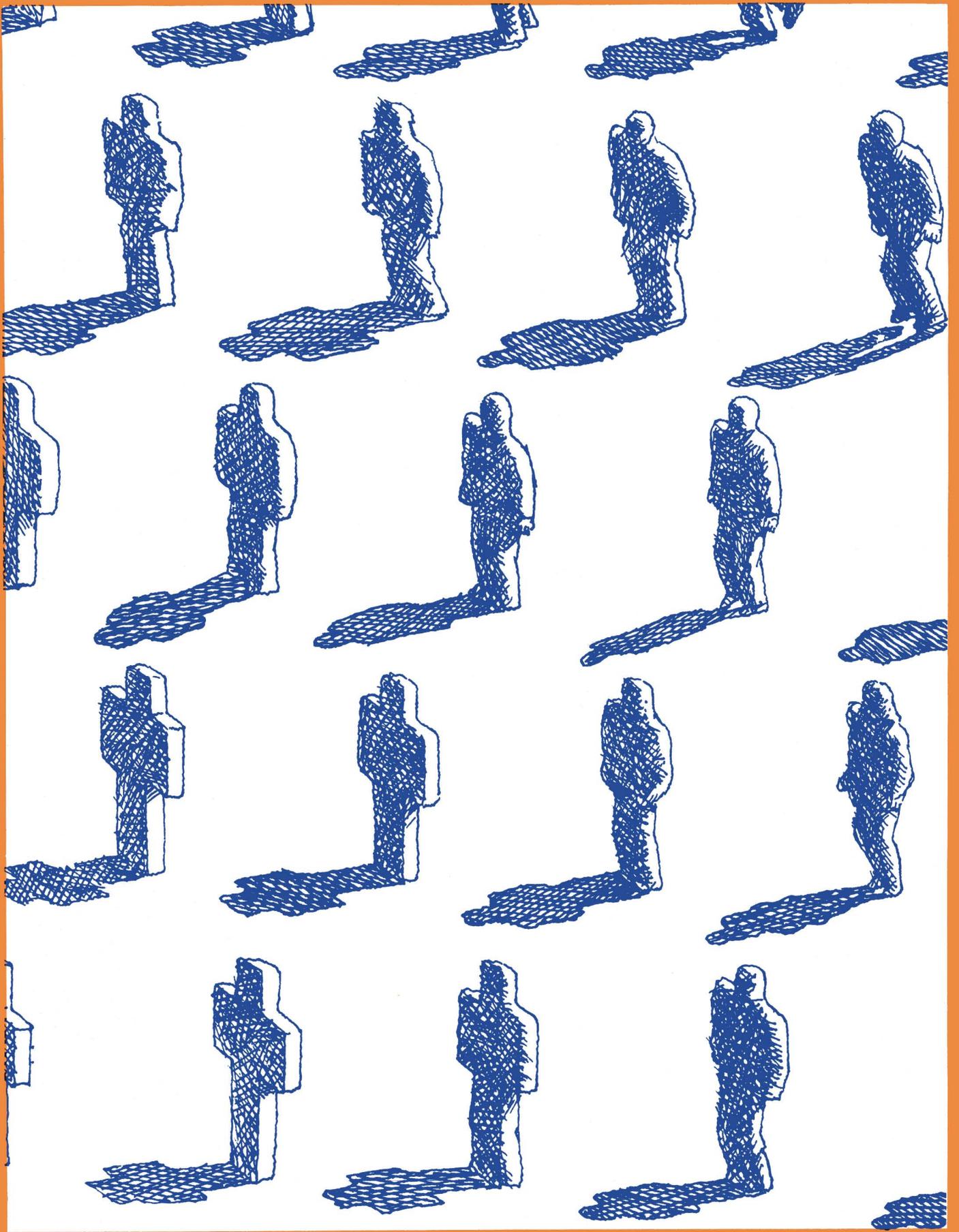


Leopoldine Schnabl

### LITERATUR ZUM THEMA

Diese Literaturliste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie ist als Orientierungshilfe gedacht und bietet eine Auswahl wichtiger und interessanter Beiträge zur Diskussion.

- |   |  |  |  |
|---|--|--|--|
| ÄSTHETIK & KOMMUNIKATION<br>Heft 46, Sonderheft Krieg<br>Beiträge von: Foucault, Bahro,<br>Galtung, Moravia u. a.   | Theodor EBERT<br>GEWALTFREIER AUFSTAND<br>Waldkirchner VA DM 6,90  | J. GALTUNG<br>STRUKTURELLE GEWALT<br>Beiträge zur Friedens- und<br>Konfliktforschung<br>rororo aktuell DM 5.80   | Peter LÖW-BEER<br>INDUSTRIE UND GLÜCK<br>Der Alternativplan von Lucas<br>Aerospace. Mit einem Vorwort<br>von Alfred Sohn-Rethel.                                 |
| Horst AHLFELD<br>VERTEIDIGUNG UND FRIEDEN<br>Politik mit militärischen<br>Mitteln dtv DM 9,80   | Erhard EPPLER<br>WEGE AUS DER GEFAHR<br>Politik darf nicht zum<br>Krisenmanagement verkommen.<br>Rowohlt DM 24.-   | Anton Andreas GUHA<br>DAS GESCHÄFT MIT DEM TOD<br>Fakten und Daten der Rüstungs-<br>industrie<br>Eichborn Verlag DM 18.-   | LUCAS AEROSPACE<br>STATT WAFFEN NÜTZLICHE<br>DINGE<br>Arbeiter planen alternative<br>Produktion<br>Verlg. Jugend & Politik DM 5.-                                |
| ARBEITSPLÄTZE DURCH RÜSTUNG<br>Beiträge von O. Albrecht,<br>P. Lock, H. Wulf<br>rororo aktuell DM 7,80  | FRAUEN GEGEN DEN KRIEG<br>mit Texten von: Zetkin, Suttner,<br>Stöcker, Coll. Fischer TB DM 12,80   | Jörg HUFFSCHMID (Hrsg.)<br>FÜR DEN FRIEDEN PRODUZIEREN<br>Alternativen zur Rüstungs-<br>produktion in der BRD<br>Kleine Bibliothek DM 14,80                                | RÜSTUNG UND ABRÜSTUNG IM<br>ATOMZEITALTER<br>Hrsg. SPIRI<br>rororo aktuell DM 8,80   |
| AUFRÜSTEN UM ABZURÜSTEN<br>Hrsg. Studiengruppe Militär-<br>politik rororo aktuell DM 9,80   | FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN<br>Hrsg.: Aktion Sühnezeichen/<br>Friedensdienste<br>Inhalt: Entspannungspolitik,<br>Frauen und Militär, Ökologie<br>und Frieden, Rüstung zerstört<br>Arbeitsplätze... Lamuv Verlag DM 7,80 | M. KIDRON/R. SEGAL<br>HUNGER UND WAFFEN<br>Ein politischer Weltatlas zu<br>den Krisen der 80er Jahre<br>Großband rororo aktuell DM 25.-                                    | RÜSTUNG UND UNTERENTWICKLUNG<br>A. Albrecht, D. Erst, H. Wolf, P.<br>Lock<br>Iran, Indien, Türkei, Griechen-<br>land rororo DM 6,80                              |
| R. BAHRO/H. E. RICHTER/E. P.<br>THOMPSON u. a.<br>WAHNSINN MIT METHODE<br>Über Ängste, Aggressionen<br>und Selbstzerstörungssucht<br>Olle & Wolter DM 9.-   | FRIEDENSANALYSEN III<br>Schwerpunkt: Unterentwicklung<br>es 847 DM 7.-   | IST DER DRITTE WELTKRIEG NOCH<br>ZU VERHINDERN ?<br>Beiträge von: M. Masserat, U.<br>Albrecht, P. Kelly, K. H. Roth...<br>Buntbuch Verlag DM 16.-                          | SCHIERHOLZ Henning<br>FRIEDEN, ABRÜSTUNG, SICHERHEIT<br>Didaktisches Sachbuch für<br>Schule, Jugendarbeit und Er-<br>wachsenenbildung<br>rororo Sachbuch DM 7,80 |
| G. BASTIAN<br>IST DER NUKLEARE RÜSTUNGS-<br>WETTLAUF UNVERMEIDBAR ?<br>Hübötter Verlag  | FRIEDENSANALYSEN V<br>Schwerpunkt Aggression<br>es 891 DM 7.-  | Robert JUNGK<br>DER ATOMSTAAT<br>rororo DM 4,80  | D. SENGHAAS<br>AGGRESSIVITÄT UND KOLLEKTIVE<br>GEWALT<br>Kohlhammer DM 6,50  |
| GEDANKEN ZUR LAGE<br>"Befreiung" Nr. 21<br>Aufsätze von: R. Bahro: zu einem<br>Neuansatz der Friedensbewegung<br>in Deutschland; E. P. Thompson:<br>Megatote; C. Castoriadis: Im<br>Angesicht des Krieges; O. Roy:<br>Afghanistan - die Revolution<br>aus dem Nichts. DM 7,50 | FRIEDENSANALYSEN VI<br>Schwerpunkt: Gewalt, Soziali-<br>sation, Aggression<br>es 925 DM 7.-  | M. KALDOR<br>RÜSTUNGSBAROCK<br>Das Arsenal der Zerstörung<br>und das Ende der militärischen<br>Technologie Rotbuch DM 14.-   | D. SENGHAAS<br>RÜSTUNG UND MILITARISMUS<br>es 498 DM 10.-  |
| Walter BENJAMIN<br>ZUR KRITIK DER GEWALT UND<br>ANDERE AUFSÄTZE es 103 DM 5.-   | FRIEDENSANALYSEN VII<br>Schwerpunkt: Kriege und Bürger-<br>kriege der Gegenwart<br>es 958 DM 8.-   | KRIEG UND FRIEDEN<br>ARGUMENTE GEGEN DEN ATOMAREN<br>SELBSTMORD<br>Neue Kritik DM 14.-   | D. SENGHAAS<br>ABSCHRECKUNG UND FRIEDEN<br>Studien zur organisierten<br>Friedlosigkeit EVA DM 29,80  |
| Heinrich BOLL - Leo KOPELEW<br>WARUM HABEN WIR AUF EINANDER<br>GESCHOSSEN ?<br>Lamuv Verlag DM 19.-   | FRIEDENSANALYSEN VIII<br>Schwerpunkt: Spannungspolitik<br>es 755 DM 7.-  | Henning VENSKE/Norbert NEY<br>LASST MICH BLOSS IN FRIEDEN -<br>EIN LESEBUCH<br>Beiträge von: Biermann, Ayck,<br>Flechtheim, Sölle, Schütt,<br>Wulff, ... Buntbuch DM 19,80 | Rainer STEINWEG<br>DAS KONTROLLIERTE CHAOS<br>Die Krise der Abrüstung<br>Beiträge von: Fondran, Chomsky,<br>Vollmer, Bruns es 1031 DM 10.-                       |
| Theodor EBERT<br>SOZIALE VERTEIDIGUNG I/II<br>Waldkirchner VA DM 17.-   | FRIEDENSANALYSEN IX<br>Schwerpunkt: Bildungsarbeit<br>es 748 DM 7.-  | D. TRUMBO<br>JONNY ZIEHT IN DEN KRIEG<br>Antikriegsroman aus den USA   | TECHNOLOGIE UND POLITIK<br>Band 4<br>Rüstungstechnologie   |



DIE REDAKTION entschuldigt folgende Unterlassungen:

DAS INTERVIEW MIT ANDREAS HEGEDÜS ENTNAMEN WIR DER ZEITSCHRIFT "LINKS"  
SEPTEMBER 1981

DER ARTIKEL VON ERNST OTTO CZEMPIEL "VOR EINER KONFRONTATION DER  
GROSSMÄCHTE" WURDE ERSTVERÖFFENTLICHT IN: "BRENNPUNKT MITTEL-OST"  
HRG. HANS GEORG WEHLING, STUTTGART 1981, UND VON UNS GEKÜRZT ÜBER-  
NOMMEN.

DIE REDAKTION DANKT DER BUCHHANDLUNG BRIGITTE HERRMANN FÜR DIE ZUSAMMEN-  
STELLUNG DER BÜCHERLISTE.

TIP- UND SONSTIGE SCHREIBFEHLER BITTEN WIR ZU ENTSCHULDIGEN !